1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 32/33 vom 19. August 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Rekord

Nicht etwa bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Helsinki, sondern an bundesdeutschen Tankstellen. Jeden Tag aufs neue sozusagen geht es in die nächste, selbstverständlich abgesprochene Preiserhöhungsrunde. Die Rückschläge des letzten Jahres, was den Preis (nicht aber den Profit) betrifft, sollen nun aufgeholt werden, die 1,50-Grenze endlich erreicht.

Einmal mehr muß die Dollarsteigung als Grund her, obwohl noch nie bei einem Fall des Dollars das Benzin billiger wurde — aber die fast zerfallene OPEC kann man heute kaum noch anführen, also muß was anderes her.

Unverschämtheit war schon immer die Geschäftsgrundlage gerade der Ölmultis.



Französische Bomber in den Tschad?

Frankreich steuert Kriegskurs!

KPF an Mitterands Kolonialpolitik beteiligt/NATO mischt mit

Täglich neue Meldungen über die Verstärkung der französischen Truppen im Tschad gehörten in der letzten Woche zum Nachrichtenalltag. Zuerst auf 300, dann auf 500, anschließend auf 700 Elitesoldaten wurde das Kontingent erhöht. Trotz aller Beteuerungen, er wolle das nicht, reiht sich Mitterand damit in die Kolonialpolitik seines Vorgängers ein. Wobei er die ständige und hysterische amerikanische Forderung, endlich zuzuschlagen, sozusagen als Alibi benutzt, um seine angeblich liche Mäßigung zu demonstrieren. Eine beispiellose Hetzkampagne gegen Libyen in der gesamten europäischen Presse begleitet dieses Vorgehen.

Ghaddafi ist, einmal mehr, der große Bösewicht, der sich sein nordafrikanisches Reich erobern will. So lautet der Tenor, der bis weit in die linke Presse hineinreicht. Und damit werden serienweise Tatsachen unterschlagen, die jedem, der sich mit der Geschichte des Tschad und des ganzen Raumes befaßt hat, bekannt sein müßten. Sicher ist die Lage einigermaßen kompliziert, aber darstellen läßt sie sich.

1. Es handelt sich bei der Auseinandersetzung im Tschad selbst keineswegs bloß um den stets zynisch behaupteten „Krieg der Häuptlinge“. Tatsache ist, daß es in diesem Land einen jahrzehntelangen Befreiungskampf gegen die französische Kolonialpolitik (in erster Linie) gegeben hat. Und Tatsache ist auch, daß Hissene Habre, der jetzige Präsident, eben diesen Kampf verraten hat, die nationale Front gespalten hat und eine Politik der Abhängigkeit gegenüber Frankreich (vor allem) einschlug.

Es handelt sich also um eine Auseinandersetzung, ob der Kampf für die nationale Unabhängigkeit fortzuführen ist oder nicht. Welche Rolle dabei einzelne Personen spielen sei dahingestellt, Habre jedenfalls personifiziert die Politik der fortgesetzten Abhängigkeit, Weddei mobilisiert nicht wegen seines Gesichts, sondern wegen seiner proklamierten Ziele. (Siehe dazu auch die beiden letzten Ausgaben der RM).

2. Neben den USA war Frankreich auch schon in den letzten Jahren stets eifrigster Propagandist einer Bestrafung des „Abenteurers“ Ghaddafi.

Die verschiedenen Unruheherde, Befreiungskämpfe, Rebellionen usw., die es in den letzten Jahren gab, wurden in schöner Regelmäßigkeit als Libyens Teufelswerk verleumdet. Ob es sich um die Rebellion gegen Bourgibas Ein-Mann-Diktatur (im Dienste Frankreichs vor allem) im südtunesischen Sfax handelte, oder um die marokkanische Gewerkschaftsbewegung, die den Thron Hassans wanken ließ, oder ob es sich um den Kampf der Polisario in der Sahara handelt oder um Widerstand im sudanesischen Süden, ob es sich um Widerstand einst gegen Sadat und heute gegen Mubarak in Ägypten handelt oder um eine antiimperialistische Bewegung in Ghana — alles soll das Werk Ghaddafis, des Weltenlenkers sein.

Deshalb kreuzen schon seit Jahren immer wieder Kriegsschiffe der 6. Flotte der USA vor der Großen Syrte, wie jetzt die Eisenhower, die nicht irgendjemand untersteht, sondern dem NATO-Kommandeur der Mittelmeerflotte. Deshalb kreuzen auch über drei Dutzend französische Kriegsschiffe im Mittelmeer, die auch immer wieder „Abstecher“ in Richtung der Syrte machen und machten. Das alles heißt, ein militärisches Vorgehen gegen Libyen wird nicht erst seit heute erwogen und geplant, sondern die einzelnen Auseinandersetzungen, die es ja schon gab, passen in das Bild eines systematischeren Vorgehens.

3. Die angeblich existierende afrikanische Front der Sorge wegen Ghaddafi gibt es nicht, dies ist eine Front der reaktionärsten Elemente des Erdteils.

Wenn je die Bezeichnung Groschenjunge auf einen Regierungschef zutraf, dann bestimmt auf eben jenen Mobutu, der als erster seine (französisch ausgebildeten und ausgerüsteten) Soldaten in den Tschad schickte. Daß er sein ganzes Tun dem Ziel der Bereicherung unterordnet, die Bevölkerung aussaugt und dabei über Leichen geht, dies war selbst in der bundesdeutschen Presse verschiedentlich bekanntgemacht worden. Aber nicht besser sind der

Fortsetzung auf Seite 11

1. September:

Antikriegstag

Demonstrieren wir unsere Bereitschaft zum Widerstand

Der Antikriegstag des Jahres 1983 steht unter dem Eindruck der sogenannten „Nachrüstung“: Noch in diesem Jahr sollen in unserem Land Waffen stationiert werden, von denen sich die NATO-Stäbe im Auftrage des Finanzkapitals in den USA, der Bundesrepublik usw. den Sieg im Atomkrieg versprechen. Der Widerstand dagegen muß am 1. September überall zum Ausdruck gebracht werden.

Als Auftakt für die Herbstaktionen der Friedensbewegung sehen viele den diesjährigen Antikriegstag. In verschiedenen Städten finden Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen statt, die vom DGB organisiert oder mitgetragen werden. Gerade hier gilt es, Kollegen zu mobilisieren und unter möglichst klaren Losungen den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Rüstungspolitik und die Kriegstreiberei zum Ausdruck zu bringen.

Dabei gilt es allen Versuchen, die Politik der NATO oder der Bundesregierung in Schutz zu nehmen, entgegenzutreten. Nicht Verhandlungen in Genf oder anderswo, nicht das Warten auf einen plötzlichen Entschluß der imperialistischen Supermächte, das jeweils eigene Waffenpotential in aufeinander abgestimmter Aktion zu verschrotten, kann den Frieden erhalten, sondern nur der Kampf der Arbeiter selber. Unser Gegner im Friedenskampf ist die Bundesregierung, unser Feind ist das NATO-Kriegsbündnis, aus dem wir unser Land herausbrechen müssen.

Es geht vordringlich auch darum, das „Nein“ der aktiven Gewerkschafter zur „Nachrüstung“ zu bekräftigen und die Durchführung einer offiziellen Volksbefragung über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zu fordern, auch wenn und gerade weil der DGB-Vorstand mit empörenden Erklärungen dagegen Front gemacht hat. Ebenso muß die Forderung nach gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen, nach Streiks gegen die Stationierung in aller Öffentlichkeit erhoben werden. In diesem Sinne wird sich auch die KPD an den Antikriegstags-Aktionen beteiligen und die Positionen der Kommunisten im Friedenskampf verdeutlichen.

Stoppt die „Nachrüstung“! BRD — raus aus der NATO! Krieg dem imperialistischen Krieg — Frieden schaffen mit unseren Waffen!

Ernst Thälmann — unvergessen



Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD und anerkannter Führer des revolutionär gesinnten Teils der deutschen Arbeiterklasse in der Weimarer Republik, wurde am 18. August 1944 von einem faschistischen Kommando im KZ Buchenwald hinterrücks ermordet. Während seiner elfjährigen Gefangenschaft wurde er zum internationalen Symbol des Kampfes gegen Faschismus und Krieg. Sein Leben lang war Ernst Thälmann unermüdlicher Kämpfer für die Revolution, gegen Verräter und Opportunisten, für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse. Thälmanns Vermächtnis erfüllen — das war für die Kommunisten im Nachkriegsdeutschland Verpflichtung und Kampfauftrag, wurde aber, obwohl immer wieder im Munde geführt, von den Führern der KPD und später der DKP verraten. Die Verpflichtung aber gilt weiter und ist lebendig im Kampf unserer Partei für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Klammheimliche Abschiebung von über 40 Türken

Kohl, Genscher, Zimmermann — Komplizen der Mörder in Ankara

Mit der in einer Nacht- und Nebelaktion vollzogenen Auslieferung von mehr als 40 Türken und Kurden — darunter Frauen und Kinder — an das Faschistenregime in Ankara stellte die Bundesregierung erneut ihre Bereitschaft unter Beweis, der guten Zusammenarbeit mit der Junta, die als NATO-Partner geschätzt ist, auch Menschenleben zu opfern.

Immer noch hält die Regierung die Namen der Abgeschobenen geheim, und auch die SPD-Regierung von NRW (aus diesem Bundesland stammen die meisten Betroffenen) schweigt sich eine Woche nach der Aktion immer noch aus. Daß bekannt wurde, daß sich das Mitglied der Organisation Dev-Yol, Sami Nemes, unter den Ausgelieferten befand, ist den Behörden peinlich, ändert aber nichts an ihrem Auftreten. Sami Nemes muß, wie sei Anwalt richtig betonte, mit einer „mörderischen Strafe“ rechnen. Und andere wohl auch — schrieb doch die türkische Presse offen darüber, hier seien „linke Terroristen“ abgeschoben worden. Und bekanntlich wurden alle bei der Ankunft in Istanbul verhaftet. Diese Abschiebeaktion läßt das Schlimmste für das Schicksal des in Westberlin inhaftierten Asylanten Kemal Altun erwarten. An der Bereitschaft der Regierung, ihn seinen Henkern auszuliefern, kann kein Zweifel mehr bestehen. Hier sollten konkret die Protestaktionen verstärkt werden.

Betrieblich-Alternative Liste kandidiert in Bremen

Die KPD begrüßt und unterstützt die Kandidatur der BAL

Ein Genosse aus Bremen berichtet:

„Am 4. 8. fand eine Mitgliederversammlung der Betrieblich-Alternativen Liste (BAL) statt, auf der über die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen sowie die dann notwendige Aufstellung der Kandidaten beraten werden sollte. Die MV entschied sich ohne Gegenstimme für die Wahlbeteiligung.

Es wurde eine Liste mit 15 Kandidaten aufgestellt, von denen fünf dem Betrieblich-Alternativen Bündnis (BAB — der RM berichtete ausführlich) angehören. Die Liste wird angeführt von J. Sönksen, 42 Jahre, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von Hapag-Lloyd. Auf den weiteren Listenplätzen befinden sich noch zwei Betriebsräte von Klöckner sowie Kollegen aus Verwaltungen und Kleinbetrieben, ein Lehrer, eine Hochschullehrerin. Die MV billigte diese Liste ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen. (164 stimmberechtigte Mitglieder waren anwesend.)

In seiner Rede wies Sönksen zu Beginn der MV noch einmal auf die Aufgaben der BAL hin. Er erklärte, daß alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien nicht in der Lage seien, den von Massenelend und Arbeitslosigkeit bedrohten Bremer Werktätigen in der Bürgerschaft eine Interessenvertretung zu verschaffen.

Er zeigte auch auf, daß die SPD an der Politik der Sozialpartnerschaft festhält und keine Stütze gegen die Arbeitsplatzvernichtung sein kann. Der SPD-Senat akzeptiert, daß in Bremen 3 000 Werftarbeiter entlassen werden sollen, während er zugleich 100 Millionen für die Konzerne lockermacht. Mit den Grünen in Bremen, betonte Sönksen, bestehen in zentralen politischen Fragen keine Gemeinsamkeiten."

Die Landesbezirksleitung Weser/Ems und die Ortsleitung Bremen der KPD erklärten am 5.8. zur Wahlbeteiligung der BAL:

„Die KPD begrüßt den ohne Gegenstimme auf der Mitgliederversammlung am 4. 8. gefaßten Beschluß der BAL, sich mit 15 Kandidaten an der Bürgerschaftswahl in Bremen zu beteiligen.

Die KPD hat im Hinblick auf die anstehenden Wahlen von Anfang an den Zusammenschluß der fortschrittlichen Kollegen aus den Betrieben mit anderen politischen Kräften zu einer breiten fortschrittlichen Liste unterstützt. Wir sind besonders froh darüber, daß es gelungen ist, im BAL durchaus unterschiedliche politische Kräfte des demokratischen und linken Lagers zu vereinen.

Im Programm der BAL wie in der Kandidatenliste sehen wir eine Chance, die Interessen der Kollegen aus den Bremer Großbetrieben gegen die geplanten Massenentlassungen und weitere Arbeitsplatzvernichtung auch in der Bürgerschaft zur Geltung zu bringen. Ebenso begrüßen wir die klare Absage an die Raketenstationierungspläne sowie die Frontstellung gegen jeglichen Sozialabbau.

Aus diesem Grunde wird die KPD nicht mit eigenen Kandidaten zur Bürgerschaftswahl antreten, sondern zur Wahl der BAL aufrufen und diese nach ihren Möglichkeiten im Wahlkampf unterstützen.

i.A. H. Weisfeld"



Die Profite kennen keine Sommerpause!

„Werftenrettung"?

Die BAL nimmt Stellung

Die MV am 4. August verabschiedete auch die folgenden

Grundzüge eines Sofortprogramms der BAL

„Angesichts der drohenden Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen in fast allen Bremer Betrieben, der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Unterdrückung von Frauen haben wir erkannt, daß wir nur in gemeinsamer wirklicher Bewegung von unten eine Chance haben, unsere Lebensinteressen durchzusetzen. In Bremen ist es notwendig, der alleinregierenden SPD eine Alternative entgegenzusetzen, die sowohl aus den Betrieben wie aus den „neuen sozialen Bewegungen" kommt und die wirkliche Kraft zur Veränderung der Verhältnisse hat.

Die Zusammensetzung der BAL umfaßt alle wesentlichen Spektren der Bremer Oppositionsbewegung: Mitglieder des Betrieblich-Alternativen Bündnisses (BAB), Menschen aus der Friedens- und Ökologiebewegung, aus den Bereichen Demokratische Rechte und Ausländerpolitik sowie aus der Frauenbewegung.

Die BAL beteiligt sich an den Bürgerschaftswahlen, um den Betroffenen die Formulierung ihrer Interessen auch im Parlament zu ermöglichen. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Hand für Befürworter von Aufrüstungsmaßnahmen, Geschenken an die Unternehmer und umweltzerstörenden Projekten zu heben.

1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, einen CDU-Bürgermeister oder CDU-Senatoren zu wählen oder deren Wahl durch Stimmenthaltung zu tolerieren (das gilt entsprechend für die FDP).

2. Wir sind nicht bereit, eine Koalition mit der SPD einzugehen oder die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für eine sozialdemokratische Politik zu übernehmen, die nicht eine Wende im Sinne sozialer, ökologischer, friedenspolitischer und demokratischer Forderung einleitet.

Forderungen in diesem Sinne sind:

- Sofortige Einleitung einer Volksbefragung gegen die „Nach"-rüstung und Erklärung Bremens zur atomwaffenfreien Zone; Maßnahmen des Bremer Senats zur Beendigung der militärischen Nutzung der Bremischen Häfen und der Bomben- und Munitionstransporte durch das Land Bremen.
- Finanzhilfen und sonstige Maßnahmen zur Unterstützung einzelner Unternehmen, wie z. B. Hilfen für die Werften und Klöckner, müssen generell mit Auflagen bezüglich der Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen versehen werden.
- Schluß mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in kommunalen Betrieben und Einrichtungen (Krankenhäuser usw.); Rücknahme der Mittelkürzungen.
- Kein neues, ökologisch verheerenes und volkswirtschaftlich unsinniges Industrierevier auf der Luneplate; weitere Industrieansiedlungen nur mit umfassenden Kontroll- und Einwendungsrechten der Betroffenen; keine Flughafenerweiterung und Verlegung der Ochtum; Ausstieg der Stadtwerke aus dem Projekt „Schneller Brüter" in Kalkar.
- Rücknahme der Kürzungen für §218-Beratungen bei Pro Familia Bremen, zugleich ausreichende finanzielle Absicherung des Beratungs- und Behandlungszentrums von Pro Familia; ausreichende finanzielle Unterstützung von autonomen Frauenprojekten, wie z.B. Frauenhaus und Frauenwoche.
- Sofortige kommunale Vergünstigungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger (Nahverkehr, Kultur, Weiterbildung); keine Zwangsarbeit von Sozialhilfeempfängern.
- Wir sind für die volle und uneingeschränkte Familienzusammenführung und fordern eine Arbeites- und Aufenthaltserlaubnis für alle hier lebenden Ausländer; Schluß mit der Diskriminierung und den Abschiebungen von Asylanten, keine Aushöhlung des Asylrechts; volle soziale und politische Gleichstellung für Ausländer.
- Kein Abbau demokratischer Rechte; Rehabilitierung von Berufsverboteopfern; Rücknahme demonstrationsrechtsverschärfender Maßnahmen.

Diese Forderungen sind realisierbar und kein unerfüllbarer Maximalkatalog. Unter der Bedingung, daß die SPD in einer gegebenen parlamentarischen Situation („Hamburger Verhältnisse") gemeinsam mit uns für die Durchsetzung dieser Forderungen zu handeln bereit ist, würden wir einem SPD-Senat durch Stimmenthaltung (ggf. auch Zustimmung) zur Mehrheit verhelfen.

Wichtigstes Kriterium für unsere Arbeit werden die Interessen und politischen Forderungen der Betroffenenbewegungen sein."

GEMEINSAM LEBEN
GEMEINSAM KÄMPFEN

PROGRAMM:
- YOLDAŞ EMEKÇI
- ERNST AUST
- THEATERGRUPPE

PROGRAM:
- OZAN YOLDAŞ
OZAN EMEKÇI
- ERNST AUST
- TIYATRO GRUBU
- DIA

Veranstaltungen

Hamburg

20. August, 16 Uhr
Markthalle, Veranstaltungszentrum am Hauptbahnhof
Kulturveranstaltung zum Ausländerprogramm der KPD
Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD
Eintritt 7,50 DM

Dortmund

3. September, 19.30 Uhr
Gaststätte Zeppelin, Mallinckrodtstraße
„Kommunisten im Kampf für den Frieden"
Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Kommentar:

So lange ist es also schon her, daß die Panzer des Warschauer Paktes die Souveränität der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in den Staub fuhren. 24 Divisionen, darunter auch zwei aus der DDR, machten dem Kurs der Dubcek, Smrkovsky und Ota Sik ein Ende.

Was die Grundzüge der Politik dieser damaligen Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei betrifft, so unterschieden sie sich kaum von denen, die etwa heute in Ungarn praktiziert werden. Abschaffung des zentralen Plans, Steigerung der privaten Unternehmertätigkeit, freie Preisgestaltung, das waren ihre Kernpunkte. Die sicherlich damals nichts mit einer sozialistischen Politik zu tun hatten und auch heute nicht haben.

15 Jahre nach Prag

Eine Politik, die im übrigen, was die CSSR betrifft, auf dem Januarplenum der KPTsch des Jahres 1965 begonnen wurden, noch unter der Führung Novotnys.

„Da nützte es dem inzwischen abgehalfterten Staatspräsidenten und Parteichef Novotny auch nichts mehr, daß er in seiner Neujahrsansprache einräumte, daß die Durchführung der sogenannten Wirtschaftsreform in der CSSR ohne Anwendung" gewisser aus den kapitalistischen Ländern stammender Methoden „nicht möglich sei".

So schrieb es der „Rote Morgen" im April 1968. Ein Zeitpunkt da der Druck in der CSSR für eine solche kapitalistische Reform bereits so groß geworden war, daß die „Reformer" bereits die Mehrheit in der Parteiführung gewonnen hatten. Novotny war, von den Geistern, die er gerufen hatte, überrollt, Mitte April abgesetzt.

Die Besonderheiten der CSSR waren andere. Zum einen war die CSSR, zumindest im tschechischen Teil, bereits vor dem Weltkrieg ein kapitalistischer Industriestaat gewesen. Zum anderen waren die Ereignisse im Februar 1948 (als die Reaktion die Koalititon mit der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung sprengte, diesen Kampf verlor und der Weg zum Sozialismus eingeschlagen wurde) am meisten von allen osteuropäischen Staaten vom Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus geprägt.

Dies hatte 1968 seine praktische Auswirkung darin, daß die Arbeiterschaft den „Reformökonomen" sehr distanziert gegenüberstand, sich abwartend verhielt, sich nicht unter deren politische Führung begab. Die Basis der „Reformer" waren die Intelligenz und die Jugend, in erster Linie die Studenten.

Dies hatte seine Auswirkungen aber zweitens darin, daß die traditionelle Westorientierung der bürgerlichen Kräfte in der Tschechoslowakei sich sehr schnell und sehr stark herausbildete, und dies war es, was den Pseudosozialisten in Moskau Kummer machte.

Das waren die Voraussetzungen für den Einmarsch unter dem Kommando sowjetischer Generale. Nicht nur der Einmarsch selbst, auch die folgenden Entwicklungen zeigen in aller Deutlichkeit, daß es sich dabei keinesfalls um die verlogen behauptete „Verteidigung des Sozialismus" handelte, sondern um die Wahrung der Einflußsphäre, um imperialistische Politik.

So wurde der 1. Parteisekretär Dubcek bei der Rechtfertigung des sowjetischen Aggressionsaktes als „Konterrevolutionär" bezeichnet. Anschließend aber wurde er noch neun Monate lang als eben solcher 1. Parteisekretär im Amt belassen, mit ihm verhandelt, Einigkeit betont usw. usf.

Die politische Substanz, die blieb, das entscheidende Neue, war aber der offen formulierte Herrschaftsanspruch der sowjetischen Revisionisten, die berüchtigte Breschnew-doktrin.

In total antimarxistischer und arbeiterfeindlicher Manier drückte Berschnew mit seiner These von der begrenzten Souveränität eines sozialistischen Staates gegenüber dem sogenannten sozialistischen Staatensystems seine Herrschaftsansprüche aus. Diese Doktrin, sie rechtfertigt tatsächlich eine solche Meinung, daß sie sozialistisch in Worten, dem Schein nach, aber imperialistisch in der Tat ist, sozialimperialistisch also.

15 Jahre nach Prag versucht die UdSSR sich nach wie vor als Friedensmacht zu profilieren — wobei ihr der offen aggressive Kurs Washingtons behilflich ist.

Dagegen muß angegangen werden. Sollte es denn zu einem Krieg zwischen den beiden Blöcken kommen, so handelt es sich aus kommunistischer Sicht, wer auch immer der aktuelle Angreifer sein mag, um einen Krieg zwischen zwei imperialistischen Blöcken. Daran sollte man sich gerade am 15. Jahrestag dieses Verbrechens erinnern, das den imperialistischen Charakter der UdSSR so deutlich zeigt.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

In der Ausgabe vom September 1968 veröffentlichte der „Rote Morgen", der damals noch als „deutsche marxistisch-leninistische Monatszeitschrift" erschien, die Erklärung der westdeutschen marxistisch-leninistischen Gruppen, die im Kampf gegen die revisionistisch entartete KPD die Wiedergründung der Partei anstrebten. Mag auch die eine oder andere Formulierung zu schroff klingen — unter dem aktuellen Eindruck der damaligen Ereignisse ohnehin verständlich — so ist das Entscheidende dieser Erklärung ihre richtige politische Haltung. Zu einer Zeit, da in der übgrigen Linken Revisionismus bis Verwirrung vorherrschten, waren es die Gruppen um den „Roten Morgen", die eine klare Einschätzung zum sowjetischen Überfall auf die CSSR hatten. Deswegen ist dies mehr als nur ein geschichtliches Dokument. Auch wenn sich heute das Zusammenspiel der imperialistischen Großmacht USA mit der sozialimperialistischen Großmacht UdSSR längst in Konfrontation gewandelt hat, bleibt die grundlegende Haltung zur Politik dieser beiden Mächte rundherum richtig.

Erklärung der Marxisten-Leninisten Westdeutschlands vom August 1968 zum Einmarsch in Prag

Natürlich befand sich die CSSR unter der Führung der Dubcek-Clique auf dem Weg des Revisionismus! Natürlich eilte sie ihrem sowjetischen Vorbild mit Riesenschritten voran. Natürlich mischten die westlichen Imperialisten kräftig mit. Wer aber gab den sowjetischen Revisionisten das Recht, die tschechischen Revisionisten Revisionisten zu schimpfen? Wer gab den Konterrevolutionären, den schamlosen Verrätern am Sozialismus im Kreml, das Recht, die Konterrevolutionäre, die Verräter im Hradschin, Verräter und Konterrevolutionäre zu nennen? Wer gab den Herren in Moskau das Recht, mit Waffengewalt über das tschechische Volk herzufallen, um es auf den „allein selig machenden Weg des sowjetischen Revisionismus" zu zwingen.

Was hier anläßlich des Überfalls auf die CSSR, geschah, zeigt den völligen Niedergang, die völlige Entartung der führenden sowjetischen revisionistischen Renegaten-Clique. Brutalität bis aufs Messer gegenüber den „sozialistischen Freunden" einerseits, Speichelleckerei und plumpe Anbiederung gegenüber dem US-Imperialismus andererseits. Eilfertig ließ man per „heißen Draht" die Herren im Weißen Haus wissen: Keine Gefahr, es handelt sich nur um eine interne Angelegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten. Aus gleichem Grunde suchte Botschafter Zarapkin Altnazi Kiesinger auf. Als in Prag einige sowjetische Soldaten in Verkennung des Feindes Angehörige der amerikanischen Botschaft belästigten, entschuldigte man sich umgehend bei den Vereinigten Staaten für diesen Fauxpas. Die Amis revanchierten sich prompt, indem sie ihren sowjetischen Freunden in der von jugendlichen Demonstranten belagerten sowjetischen Militärmission in Frankfurt-Niederrad mit Militärpolizei zu Hilfe eilten. Wie überhaupt man in den westlichen Metropolen — trotz regierungsamtlicherseits geheuchelter Entrüstung über das sowjetische Vorgehen — alles tat, um die Botschaftsgebäude der Sowjetunion nicht zu Schaden kommen zu lassen.

Die Aggression der sowjetischen Revisionisten gegen die CSSR wurde ausgeführt im stillschweigenden Einverständnis mit dem US-Imperialismus. Seit Jahren schon treiben die UdSSR und die USA ihr schmutziges Spiel um die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Allein seit den gemeinsamen Gesprächen in Glassboro haben sie eine Reihe hinterhältiger Abmachungen über so entscheidende Fragen wie Vietnam, den Nahen Osten, den Atomsperrvertrag und anderes ausgehandelt. Ihr Ziel ist die gemeinsame Beherrschung der Welt. Doch während sich die Sowjetrevisionisten eifrig an die getroffenen Abmachungen halten und mit Kräften bemüht sind, den revolutionären Befreiungskampf der Völker über ihre revisionistischen KP-Zentralen im Westen zu unterdrücken (letztes Beispiel: Frankreich), nehmen die US-Imperialisten das Abkommen nicht gar so genau. Besonders die westdeutschen Imperialisten — als treueste Verbündete der USA — versuchten und versuchen gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts eine Aufweichungspolitik zu treiben, indem sie die Widersprüche zwischen den revisionistischen Cliquen der einzelnen Länder auszunutzen versuchen, um so ihre revanchistischen Ziele zu erreichen.

Für den US-Imperialismus war der Überfall der sowjetischen Revisionisten auf die CSSR ein Bombenerfolg. Gibt er ihm doch weitere Handlungsfreiheit für Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber den Völkern in dem von ihm beanspruchten Einflußgebiet Wie wollen die Sowjetrevisionisten angesichts ihrer eigenen aggressiven Handlungsweise noch der gewaltsamen Besetzung Südvietnams durch die US-Imperialisten widersprechen?



Natürlich gibt es für die militärische Besetzung und Versklavung der CSSR durch sowjetische Truppen und die Truppen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten Gründe, sehr handfeste sogar. Es war die Jagd nach dem Profit, das Streben nach absoluter Befehlsgewalt, das die Sowjetrevisionisten zum Handeln veranlaßte. Jahrelang hatten sie die sozialistischen Bruderstaaten schamlos ausgeplündert. Hatten Rohstoffe zu überhöhten Preisen an sie verkauft, um hochwertige Industriegüter zu niedrigen Preisen einzuheimsen, hatten sie gezwungen, ihre wirtschaftlichen Belange denen der Sowjetunion unterzuordnen. Als dann die revisionistische Dubcek-Clique in Prag, die den Sowjetrevisionisten hörige Novotny-Clique ablöste, Maßnahmen ergriff, um — dem Beispiel der Renegaten in Moskau folgend — sich in den Schoß der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zu begeben, war man im Kreml gewarnt. Dieses Recht der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus beanspruchen die Sowjetrevisionisten ausschließlich für sich. „Quod licet Jovi, non licet bovi", sagten die alten Römer — „was sich für einen Jupiter schickt, schickt sich nicht für einen Ochsen" und kennzeichnen so die Sklavenhaltermoral. Gleichzeitig erhöhte der Alleingang der Dubcek-Revisionisten die Gefahr, daß die schon seit längerem bestehenden Widersprüche im revisionistischen Lager sich weiter verschärfen würden und die Sowjetrevisionisten ihre Vormachtstellung einbüßten.

Um nun die Dubcek-Clique zur Unterwerfung zu zwingen und die Tschechoslowakei unter ihre Kontrolle zurückzubringen, griff die herrschende sowjetrevisionistische Clique zur Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. Gelegentlich drohte sie durch die Abhaltung militärischer Manöver mit Gewaltanwendung. Dann wieder organisierte sie Konferenzen, auf denen sie sich — bereits den Dolch im Gewande — verständigungsbereit gab, um so die tschechischen Revisionisten in die Falle zu locken. Ein wahres Meisterstück der Intrige leistete sich jedoch der den Sowjetrevisionisten getreueste Satrap Ulbricht, der wenige Tage vor dem Überfall anläßlich seines Treffens mit Dubcek Frieden und Freundschaft heuchelte, obwohl er wußte, daß die „deutschen" Okkupationstruppen wie 1939, zum Überfall, zur Besetzung der Tschechoslowakei bereitstanden.

Doch weder süße Worte noch Drohungen vermochten den Sinn der Dubcek-Clique zu ändern. Beharrlich bestand sie darauf, die CSSR aus dem Machtbereich der Sowjetrevisionisten zu lösen und sie in die Arme des Westens zu führen. Da ließen die Sowjetrevisionisten die Maske fallen. Entgegen der von ihnen geheuchelten Befolgung der Prinzipien des „Marxismus-Leninismus" und des „Proletarischen Internationalismus" überfielen sie das tschechische Volk. Sie handelten wie seinerzeit Hitler gegenüber der Tschechoslowakei, wie heute der US-Imperialismus gegenüber Vietnam, sie verübten eine direkte bewaffnete Aggression, um sich mit Hilfe ihrer Militärmacht Marionetten zu schaffen. Sie entlarvten sich dadurch als reine imperialistische Macht, die, um ihre Profite zu sichern, andere Völker überfällt.

Wie aber reagierte die revisionistische Dubcek-cliquę auf diesen frechen Überfall? Sie selbst hatte durch ihre Politik der Entideologisierung des Volkes, des Strebens nach Profit und subjektiven Vorteilen für den einzelnen diese Aggression erst ermöglicht. Als es soweit war, als der Überfall erfolgte, war sie die erste, die das Volk dazu aufforderte „Ruhe zu bewahren", anstatt es zum Widerstand gegen die Aggressoren aufzufordern. In Moskau schlossen die Dubcek, Swoboda und Konsorten einen schmutzigen Kompromiß und forderten zurückgekehrt, das Volk auf, sich dem sowjetischen Diktat zu beugen und keine Provokationen zu verüben. Als wenn nicht die Anwesenheit von Besatzungstruppen gegenüber dem tschechoslowakischen Volk eine Provokation bedeutet, sondern dessen berechtigter Widerstand. Die Dubcek-Clique hat sich genau als das erwiesen, als was wir Marxisten-Leninisten sie von Anfang an eingeschätzt haben, als Holz vom Stamme des modernen Revisionismus.

Was aber hätte die KPC tun müssen, um das Land aus der wirtschaftlichen Unterjochung durch die Sowjetrevisionisten zu lösen und zu den marxistisch-leninistischen Normen im Parteileben zurückzukehren? Den Weg nach noch weiter rechts, noch revisionistischer als die sowjetischen Revisionisten noch schneller als diese den Weg in den Kapitalismus gehen? Die westlichen Imperialisten hätten sich zweifelsohne gefreut. Für das tschechoslowakische Volk hätte dieser „jugoslawische Weg" nur neue Not und Ausbeutung gebracht. Statt der Clique der modernen revisionistischen Bourgeoisie hätte ihm bald die Clique der alten Kapitalisten im Nacken gesessen. Und wie heute schon zigtausende jugoslawischer „Gastarbeiter" hätten wir bald zigtausende tschechoslowakischer „Gastarbeiter" bei uns begrüßen können.

Nein, der einzig richtige Weg wäre der nach links gewesen. Das heißt, mit den unter Novotny eingeführten kapitalistischen Verhältnissen aufzuräumen, das Volk der CSSR verstärkt mit der marxistisch-leninistischen Lehre vertraut zu machen und die Diktatur des Proletariats neu zu errichten. Wir sehen am Beispiel Chinas und Albaniens, daß dieser Weg nicht nur möglich, sondern der einzig richtige ist. Besonders das mutige kleine albanische Volk hat hier ein hervorragendes Beispiel gegeben. Als die Partei der Arbeit Albaniens im Gegenteil zu den Chruschtschow-Revisionisten den eingeschlagenen Weg des Marxismus-Leninismus weiter beschritt, versuchten diese sie zu erpressen. Aber das albanische Volk stand wie ein Mann hinter der Partei und jeder Aggressor hätte sich dort blutige Köpfe geholt, wenn er militärisch interveniert hätte. So war es möglich, daß Albanien frei blieb und die Truppen der Sowjetunion nicht eingriffen, um die marxistisch-leninistische Partei unter der Führung des Genossen Enver Hoxha zu stürzen. Zwar versuchten es die Chruschtschow-Revisionisten mit wirtschaftlicher Erpressung; aber das spornte das albanische Volk nur zu neuen Heldentaten an. Wäre die KPC den revolutionären Weg gegangen, hätte sie sich eng mit den Massen verbunden und das Volk mit der Lehre des Marxismus-Leninismus gerüstet, die Aggressionstruppen wären mit einem Feuerhagel empfangen worden, der ihnen die Lust zu weiteren Verbrechen genommen hätte. Doch so blieb das Volk führerlos. Es wurde von den Ereignissen völlig überrascht. Dennoch entwickelte es mutig den Widerstand. Eisige Kälte empfing die Aggressoren und ließ sie erkennen, daß sie in der CSSR keine Freunde haben. Wir deutschen Marxisten-Leninisten haben uns von Anfang an in Fugblättern und Resolutionen voller Empörung gegen die schändliche imperialistische Aggression der sowjetischen Renegaten-Clique und ihrer revisionistische Befehlsempfänger gegen die CSSR gewandt. Genauso wandten wir uns aber auch gegen all jene „Freunde" der CSSR, die heute lauthals von „Verbrechen", von „Bruch des Völkerrechts" reden, selbst aber an Verbrechen in aller Welt beteiligt sind. Weder Johnson, Kiesinger, de Gaulle, Wilson und andere haben das Recht, sich aufzuregen. Wer wie der US-Imperialismus Völkermord in Vietnam begeht, sich stillschweigend daran beteiligt oder ihn duldet, wer das eigene Volk unterdrückt oder neokolonialistisch andere Völker versklavt, ist keinen Deut besser als die sowjetischen Revisionisten.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten stellen uns voll und ganz hinter die Erklärungen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, die diese Aggression aufs schärfste verurteilen und zum Widerstand aufrufen. Tschechoslowakische Klassenbrüder, Genossen der KPC, besinnt euch der revolutionären Tradition eures Landes und eurer ruhmreichen Kommunistischen Partei, deren Vorsitzender einst der geliebte Führer des Volkes der CSR, Clement Gottwald war. Wir versichern euch unserer unverbrüchlichen Solidarität in eurem Kampf gegen die Okkupanten. Uns trennen Welten von jenen, die dieses Verbrechen begangen und es heute gutheißen. Die Aggression gegen euer Land ist die Tat von Verbrechern und Verrätern am Marxismus-Leninismus, die Stunde des Einmarsches in euer Land ist die Stunde der Schande der Sowjetrevisionisten.

Die Aggression gegen die CSSR hat aber auch den aggressiven imperialistischen Charakter des Warschauer Paktes offenbart. Dieser Pakt, der einst antiimperialistisch war und zum Schutze der Freiheit der sozialistischen Länder geschaffen wurde, ist heute ein Instrument für die Verwirklichung der imperialistischen Ziele der Sowjetrevisionisten.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten unterstützen entschlossen den Kampf der Völker der ganzen Welt gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen modernen Revisionismus. Unsere Solidarität gilt dem Proletariat und allen revolutionären Menschen in der Sowjetunion, der CSSR, der DDR und in den anderen Ländern unter der Herrschaft der modernen Revisionisten-Cliquen.

Wir wissen, sie werden aufstehen, um die Herrschaft der modernen Revisionisten und Reaktionäre zu stürzen und die Staatsmacht wieder in die eigenen Hände zu nehmen, damit ihre Heimatländer auf dem Weg der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus zurückkehren können.

Es lebe die CSSR! Es lebe der revolutionäre Kampf zur allseitigen Vernichtung des Imperialismus und modernen Revisionismus!

Marxisten-Leninisten Westdeutschlands

Aus: „Klartext", Betriebszeitung der KPD bei Olympia/Roffhausen

„Dreckiger Sumpf" — bei Olympia!

Das Buch „Dreckiger Sumpf" von Handlögten und Venske macht Wellen. Vor allem natürlich in der Stadt, deren Verhältnisse es enthüllt, in Wilhelmshaven (siehe dazu auch den letzten „Roten Morgen"). Die KPD hat in ihrer Betriebszeitung für Olympia sich nun gesondert und ausführlich mit jenen Teilen dieses sehr empfehlenswerten Buches befaßt, die direkt im Zusammenhang mit den Olympia-Werken stehen. Wir drucken den Artikel im folgenden ungekürzt ab, die kursiven Teile sind Zitate aus dem Buch.

Ein Buch sorgt in Wilhelmshaven und Umgebung für Schlagzeilen und eine Flut von Leserbriefen: Handlögten und Venske „Dreckiger Sumpf". Das Kapitel 4 des Buches ist der Olympia AG gewidmet. Hier einige Textproben:

...„Ich machte ihn damals... darauf aufmerksam, daß nach meiner Ansicht alle leitenden Vertriebsherren von Olympia korrupt und wirtschaftskriminell belastet seien..."

...„Ich kann mich sehr genau erinnern — ich habe zum Beispiel eine Wettbewerbsprämie für elektronische Tischrechner bekommen, etwa 3500,— Mark. Ich wußte gar nicht, wie das Geld auf mein Konto raufgekommen war, das heißt, ich selber hatte den Auftrag nicht erstellt, das hat ein Sachbearbeiter gemacht, der sehr gut informiert war und genau wußte, wieviel Umsatz noch benötigt wurde. Der hat das also gesteuert, und dieser Sachbearbeiter hat den Verkäufern die Umsatzzahlen vorgegeben, die sie in Form von Aufträgen eben schreiben mußten. Ich muß natürlich sagen, diese 3500,— Mark haben mir damals recht gut getan. Ich brauchte sie nie zurückzuzahlen, und die Rechner haben das Lager von Olympia nie verlassen."

„Die Konsequenzen sind in der Tat beeindruckend: Ein Millionenetat für Sonderbetriebsrenten und Abfindungen wird eingerichtet, um ausscheidenden Olympianern einen Anreiz zu bieten, keine Betriebsinterna auszuplaudern."

„Wir stellen nicht in Frage, daß Heinz Dürr ein korrekter Kaufmann ist: Aber im Frühjahr 1983 steht die AEG mitten im Vergleichsverfahren, und die Olympia-Belegschaft schrumpft um weitere 1700 Mitarbeiter. Konkurs kann das marode Wilhelmshavener Schreibmaschinenunternehmen noch nicht anmelden, weil die vielen hundert Millionen, die Olympia der Mutter AEG schuldet, Teil der Vergleichsmasse sind."

„Mutmaßung: Mittelfristig soll die Produktion von Olympia-Büromaschinen eingestellt werden. Dafür will man über die Vertriebsgesellschaft Fremdprodukte, versehen mit dem Olympia-Firmenschildchen, auf den Markt bringen. Bereits zu Beginn seiner Tätigkeit hat H.W. Krause bei dem japanischen Großkonzern Matsuhita ein diesbezügliches Angebot unterbreitet.

Diese Vermutung der Autoren wird erhärtet durch das Vorgehen des Olympia-Vorstandes bei der „Sanierung" des Werkes Leer:

5.12.80: Olympia-Vorstand beschließt Schließung des Werkes Leer.

9.1.81: Angeblich sollen 770 Arbeitsplätze erhalten bleiben — „nur" 400 Entlassungen.

Sommer 81: Landesregierung und Olympia-Vorstand einigen sich auf die Erhaltung von 600 Arbeitsplätzen und Finanzspritze von 23 Millionen Mark.

Mai 82: Vorstand teilt mit, daß höchstens 450 Arbeitsplätze erhalten werden könnten.

Am 10. August 1982 stellt Olympia-Mutter AEG den Vergleichsantrag. H.W. Krause teilt der Presse mit, Olympia/Leer würde zum 30.6.83 geschlossen.

Arbeiter Waldemar Kruse aus Stapelmoorheide: „Wir sind für dumm verkauft worden. Mit 53 Jahren habe ich keine Hoffnung mehr auf einen neuen Arbeitsplatz. Da muß man schon Glück und Beziehungen haben. Da oben hat es Leute gegeben, die viel Geld verdient haben — und wir hier werden arbeitslos." Für dumm verkauft wurde auch der Betriebsrat — ihm war vom Vorstand die Erhaltung von 600 Arbeitsplätzen schriftlich zugesichert worden.

Droht Olympia/Roffhausen das gleiche Schicksal wie den Leeraner Kollegen? 1982 soll ein Verlust von annähernd 200 Millionen Mark erreicht worden sein.

Das Vorgehen des Vorstandes in Leer legt folgenden Verdacht nahe: Berechnend und kaltschnäuzig soll die Olympia AG Stück für Stück in die Pleite getrieben werden. Dazu ist es notwendig, ein Klima der Angst zu erzeugen und dem Betriebsrat und den Kollegen ein Zugeständnis nach dem anderen abzupressen.

Die Vernichtung tausender Arbeitsplätze interessiert die „Herren" in den Chefetagen wenig — solange die Kasse stimmt. So sollen 4600 Olympianer die Zeche bezahlen für ein gutes Dutzend Wirtschaftskrimineller, denn es war nicht die Arbeit der Olympianer, die Olympia in die roten Zahlen gebracht hat.

Das nun nicht diese Wirtschaftskriminellen für die Misere zur Verantwortung gezogen werden, sondern der kleine Mann, hat im Kapitalismus System: Wenn Du und ich die Steuern nicht bezahlen wollen, kommt Polizei und Gerichtsvollzieher ins Haus, wenn Minister Lambsdorff dem Großindustriellen Flick Steuern in Milliardenhöhe erläßt, wird ein neues Gesetz gemacht, so daß er straffrei ausgeht.

Da helfen noch so viele schöne Worte von Herrn Krause nicht — die Arbeiter müssen auf die eigene Kraft vertrauen. Roffhausen darf kein zweites Leer werden! Solange wir den Bossen und Bonzen vertrauen, solange wir unser Geschick nicht in die eigene Hand nehmen, solange wird man uns belügen und betrügen! Das gilt für Olympia, für die Wilhelmshavener Bevölkerung und für den gesamten Staat.

Was tun?

1. Muß auf eine Betriebsversammlung zu den Ausführungen im „Dreckigen Sumpf" Stellung bezogen werden. 2. Muß die IG Metall in die Pflicht genommen werden. Sie ist schließlich die Interessenvertretung der Arbeitnehmer.

Von der sogenannten Bürgerinitiative, seinerzeit von der IG Metall ins Leben gerufen, ist nichts mehr zu hören. Vielleicht auch besser so, denn was ist schon von einer Bürgerinitiative zu Olympia zu halten, an der nicht jeder Olympianer teilnehmen kann. Einige Vertrauensleute durften bei der Gründungsveranstaltung dieser ominösen Bürgerinitiative erscheinen. Aber nur vor der Tür der örtlichen Presse ein Transparent zu zeigen. An der Sitzung teilnehmen durften sie nicht.

Und wenn wir jetzt schreiben, daß die IGM in die Pflicht genommen werden muß, dann meinen wir, daß es Aufgabe der IGM ist, die Lage von Olympia rückhaltlos aufzuklären und geeignete Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Kollegen, besprecht die Situation mit Euren Vertrauensleuten! Bei den bisherigen Praktiken der Olympia AG muß man auf jede Gemeinheit gefaßt sein. Dann ist sofortiges Handeln erforderlich. Lernt von den Erfahrungen der Kollegen aus Leer, aber auch von Kollegen aus anderen Betrieben, die erfolgreich Betriebsbesetzungen durchgeführt haben, wie z.B. Rockwell-Golde (Frankfurt) oder Videocolor (Ulm).

Diese Erfahrungen lehren, daß nur ein geschlossener solidarischer Kampf um jeden Arbeitsplatz die Existenz der Belegschaft sichert.



klartext

BETRIEBSZEITUNG DER KPD FÜR OLYMPIA ROFFHAUSEN • August 83

Ein Buch schreibt Klartext:

„Dreckiger Sumpf"

BEI OLYMPIA !

Ein Buch sorgt in Wilhelmshaven und Umgebung für Schlagzeilen und eine Flut von Leserbriefen: Handlögten und Venske "Dreckiger Sumpf" Das Kapitel 4 des Buches ist der Olympia AG gewidmet. Hier einige Textproben:

KPD
ORTSGRUPPE
WILHELMSHAVEN
POSTFACH 732

Erneute Angriffe aufs Arbeitsamt — von der falschen Seite

Strauß erneut für private Arbeitsvermittlung

Auf dem Weg zum Sklavenmarkt?

Daß Franz Josef Strauß inzwischen Intimfeind seines Parteigenossen Stingl ist, hat wohl eher mit dessen Sorgen um seinen Job zu tun, als mit Straußens ständigen, eben erneuerten Angriffen auf das Arbeitsamt.

Nun mag ja wohl jeder, der arbeitslos ist, oder es mal längere Zeit war, sofort erst mal begrüßen, wenn jemand das Arbeitsamt attackiert. Die Erlebnisse von Bürokratismus und Willkür, der Geldmangel und anderes mehr — das sind ja Alltagserlebnisse für so jemanden.

Und gerade solche Punkte nimmt sich Strauß (und mit ihm einige weitere prominente Unionspolitiker, die dem offenen Unternehmerflügel entstammen) eben nicht vor. Was er kritisiert ist, daß zu viele angebotene Stellen offen bleiben, weil das Arbeitsamt zu bürokratisch arbeite.

Um dies zu unterstützen, veröffentlicht dann Springers „Bild" solche Geschichte, wie vom armen Friseurmeister, der fünf Lehrlinge einstellte und nur einer kam, natürlich „solche" vom Arbeitsamt... Was die Lügenpostille nicht sehr hervorhob, bzw. begrüßte, war die bescheidene Forderung des ach so armen Meisters an seine Lehrmädchen, sie müßten sich Modefrisuren machen lassen. Was nun sowohl eine Frage des Willens als auch eine Frage des Geldes ist. Was nicht geschrieben war, war übrigens, ob der werte Meister sich eigentlich gedacht hatte, daß die jungen Frauen sich bei ihm frisieren lassen, so einmal im Monat, vom Lehrlingsgeld abgezogen, das würde sich schon lohnen...

Und eben bei solchen Sachen hat man, bis jetzt jedenfalls noch, aufgrund bestehender Vorschriften, eben doch hie und da einen Rückhalt gegen besonders unverschämte „Lehrherren". Was bei privater Vermittlung eben nicht mehr ohne weiteres zu überblicken ist, sondern wo es dann nur an die Öffentlichkeit kommt, wenn der betreffende Lehrling den Mut hat, den Vorgang an diese zu bringen.

Das sind die hauptsächlichen Absichten, die hinter dieser ständig fortgeführten Kampagne gegen die Arbeitsämter stehen, eine Kampagne, an deren Spitze eben nicht umsonst Franz Josef Strauß und Axel Springers Presseimperium stehen.

Es geht darum, sowohl Lehrstellen als auch Arbeitsplätze zu möglichst niedrig diktierten Bedingungen zu vergeben, sozusagen vom „privaten" Vermittler und seinem Angebot die Erwartung an die mehr als private Dankbarkeit der Arbeitsuchenden.

Mit anderen Worten: Es geht ihnen darum, die Kosten zu senken und die „Willfährigkeit ihrer Arbeitskräfte" zu erhöhen. Und inzwischen ist dies immerhin schon das vierte Mal in diesem Jahr, daß Strauß sich öffentlich für die Aufhebung des Vermittlungsmonopols, wie es im schönen Amtsdeutsch heißt, einsetzt. Wobei die Häufigkeit und Schroffheit seine Äußerungen immer mehr zunimmt. Die ständigen Erklärungen, es gehe nicht um die völlig Abschaffung des Arbeitsamtes sind dabei durchaus glaubwürdig, schließlich wollen sie damit nur eins: Noch mehr Spielraum. Und kein Gebundensein mehr an Beschlüsse, die auf der politischen Ebene beeinflußt werden können.

Einschwörung vom Vorstand?

Vorbereitungen zur Stahlarbeiterdemonstration am 29. September

Konferenz des „IGM-Stahlbüros" am 6. September

Drei Wochen vor der beschlossenen zentralen Demonstration in Bonn findet am 6. September eine weitere Stahlkonferenz der IG Metall statt. Offensichtlich soll dort Einstimmung für Demonstration und Gewerkschaftstag betrieben werden.

Dabei wird es einmal mehr insgesamt um die Haltung des IG-Metall-Vorstandes in der Entwicklung bei Stahl gehen. Denn diese Demonstration ist ja nun die erste, seit langem geforderte, zentrale Aktion von Seiten der IGM.

Die letzte dieser Konferenzen hatte sich ja schon ausführlich mit der von Vertrauensleutekörpern und Belegschaften erhobenen Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie beschäftigt — um sie abzulehnen. Damals hieß es unter anderem in der Begründung, daß man die Staatskasse nicht mit den Verlusten belasten wolle und könne. Eine demagogische Schutzbehauptung, schließlich käme es ja darauf an, wie eine Verstaatlichung vor sich gehen würde, welche Bestimmungen dabei erlassen würden. Eine neuere Variante vom Vorstand in die Debatte geworfen, heißt nun staatliche Beteiligungen, in der Form, daß Subventionen als Beteiligungen gegeben werden, was nun die klassische Form des Übernehmens der kapitalistischen Verluste ist.

Was auch an Konkretem bei der Konferenz vom 6. September herauskommen mag: Es wird sehr genau darauf hin geprüft werden, wie(und ob) es zur Verstaatlichungsforderung aussagt. Das gilt auch für den Gewerkschaftstag aber eben erst recht für die Bonner Demonstration.



„Olympiareife" Belegschaften?

Die Angst vor Krankheit wächst

Unternehmer freuen sich

Einen Krankenstand von gerade noch 4,62 Prozent der Belegschaften registrierten die Krankenkassen im Juli 1983 — nochmals 0,26 Prozent insgesamt weniger als im Jahr vorher, das bereits das bisher deutlichste Absinken gebracht hatte. Verschiedene Unternehmerverbände äußerten sich dazu sehr erfreut.

Die Ursachen dafür sind zwei: Drohungen und Entlassungen. Die weit überdurchschnittlich gestiegene Anzahl von arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen mit gesundheitlichen Schäden weist sehr deutlich darauf hin, daß viele Kapitalisten ihre Betriebe systematisch nach Kranken oder sonstigen in der Arbeitsleistung behinderten Kollegen durchkämmen lassen, wenn sie Entlassungen vornehmen.

Das zweite sind immer offenere Drohungen. Neben der „im Raum schwebenden" ständigen Drohung nur ja nicht negativ aufzufallen, wie es ein Sprecher des DGB ausdrückte, kommen auch immer mehr Tatsachen über persönliche Drohbriefe bzw. entsprechende Gespräche im Personalbüro aus Tageslicht. Denn für die Kapitalisten sind das ja keine Menschen, sondern Kostenfaktoren. Und die müssen reduziert werden.

Dabei darf man sich durch die angegebenen Prozentzahlen nicht täuschen lassen. Bei absoluter Zahlenangabe heißt das alles nämlich, daß 1983 rund nur noch fünf Sechstel so viele Krankmeldungen eingehen wie vor zwei Jahren. Und daß 15 Prozent „Blaumacher" unter den Krankgemeldeten seien, haben früher noch nicht einmal die Kapitalisten in ihren Hetzkampagnen behauptet. Und daß heute weniger hart gearbeitet würde als vor zwei Jahren, wagt auch keiner zu behaupten. Also kann es sich nur darum handeln, daß Kranke aus Angst um den Arbeitsplatz arbeiten gehen — mit den entsprechenden, sicherlich unterschiedlich schweren Folgen für ihre Gesundheit.

Massiver Polizeieinsatz für Pfleiderers Konkurrenzvernichtung

Unter diesem Titel veröffentlichte die „Holzarbeiter-Zeitung", die Monatszeitschrift der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in ihrer Juliausgabe einen ausführlichen Hintergrundbericht zum zweiten massiven Polizeieinsatz gegen Arbeiter und Werktätige innerhalb kurzer Zeit. (Wir hatten vor einigen Wochen über den ersten Fall im Hamburger Hafen ausführlich berichtet). Wir halten den Vorgang für interessant genug für unsere Leserschaft, um diesen Artikel über einen Vorgang, der von der bürgerlichen Presse weitestgehend verschwiegen wurde, hier widerzugeben.

Daß Unternehmer oder Kapitalisten in ihrem Geschäftsgebahren untereinander nicht zimperlich sind, bestaunen viele Zuschauer gerne in diversen amerikanischen TV-Serien. In vielen Fällen aber — das zeigt die tägliche Praxis — kommt es so dick, daß selbst die Fernsehkapitalisten gegen die bei uns vorherrschenden verblassen. Daß es wieder einmal dick kam, dafür sorgte in diesem Fall Spanplattengroßproduzent Pfleiderer.

Die Nachtruhe im kleinen Städtchen Rüthen im Sauerland wurde Ende Mai gegen vier Uhr morgens jäh gestört. Mehr als eine Hundertschaft der Polizei (ein Kollege hat bei 147 Beamten das Zählen aufgehört) verschafften einer Gerichtsvollzieherin und einem Demontagetrupp gewaltsam im Namen des Rechts Einlaß in die Firma *Holzwerke Gröver GmbH*.

Die Aufgabe der Polizei war, den angekündigten passiven Widerstand der 300 Beschäftigten gegen die Demontage von Maschinen zu brechen. Der Demontagetrupp hatte die Aufgabe, zwei Maschinen und damit praktisch die Produktion des Werkes stillzulegen.

Der Innenminister des sozialdemokratisch regierten Landes Nordrhein-Westfalen, *Schnoor*, wird wohl kaum eine plausible Erklärung für einen derart massiven Polizeieinsatz haben, der zur Vernichtung von dreihundert Arbeitsplätzen führen kann. Da hilft auch nicht der Hinweis auf das formale Recht des Gerichtsvollziehers, das die Polizei auszuführen hatte, zumal kurze Zeit später das Oberlandesgericht Hamm zu dieser Aktion eine gegenteilige Rechtsauffassung hatte.

Wohltuend zu diesem Vorfall die Stellungnahme des Vorsitzenden der *Gewerkschaft der Polizei*, GdP, *Günter Schröder*.

Die unglaubliche Vorgehensweise der Verantwortlichen für den Polizeieinsatz, denen das Recht auf Arbeit offensichtlich nichts, aber das formale Recht eines Gerichtsvollziehers alles bedeutet, wird erst richtig deutlich, wenn man die Vorgeschichte dieser Aktion kennt.

Die Firma Holzwerke Gröver GmbH & Co KG mußte vor längerer Zeit Konkurs anmelden. Ganz sicher auch keine Glanzleistung der Unternehmensführung, der auch mit allergrößter Skepsis begegnet werden muß. Jedoch eine gebildete Auffanggesellschaft hat das Werk weitergeführt, die Arbeitsplätze blieben erhalten, und bei allen Schwierigkeiten wurden nach Angaben der Geschäftsleitung und des Betriebsrates bis zu dieser Aktion schwarze Zahlen geschrieben.

Die Auffanggesellschaft Holswerke Gröver GmbH hatte beim Land Nordrhein-Westfalen eine Landesbürgschaft beantragt, um anschließend als Kommanditgesellschaft mit besserem Polster das Unternehmen weiterzuführen und weiter produzieren zu können. Vorläufig offen bleibt, inwieweit der Antrag auf die Landesbürgschaft Erfolg verspricht und inwieweit die jetzige Unternehmensführung genügend finanziell abgesichert und glaubwürdig erscheint.

Doch das für den Spanplattenmarkt verhältnismäßig kleine Werk, mit entsprechend geringen Marktanteilen, war offensichtlich den großen Haien im Plattengeschäft ein Dorn im Auge. Man kann Vermutungen darüber anstellen, warum. Jedoch scheint es mehr mit der Preisgestaltung als mit der Produktionskonkurrenz zusammenzuhängen.

Empfindlich gestört oder unmöglich gemacht wurde die versuchte Sanierung des Spanplattenwerks durch die Gesetzmäßigkeit unseres Wirtschaftssystems in Person eines der großen Spanplattenhersteller, *Pfleiderer*. Möglicherweise waren auch andere beteiligt. Doch die im Dunkeln sieht man — erst mal — nicht.

Das süddeutsche Unternehmen — schon in einigen vergangenen und derzeit laufenden konkurrenzvernichtenden Aktionen nicht gerade vom Mäntelchen der kapitalistischen Nächstenliebe umfangen — hat offensichtlich auch bei den Holzwerken Gröver seine Klauen ausgestreckt, um einen Konkurrenten und 300 Arbeitsplätze zu vernichten.

Mit einer Aktion, die im Grunde simpel ist, aber dadurch um so mehr die ganze Brutalität des Konkurrenzkampfes, in dem sich aber offensichtlich noch eine Handvoll „Großer" im Geschäft einig ist, deutlich macht.

Pfleiderer bot dem Hauptkreditgeber Gröver GmbH, der *Badischen Landes- und Kommunalbank*, so kann der Geschäftsführer der Auffanggesellschaft, *Hackl*, bezeugen, „eine Stillegungsprämie in Millionenhöhe an", wenn die Bank bereit wäre, der Firma die Kreditgewährung zu entziehen.

Daneben kaufte die Firma Pfleiderer von der *Discount- und Kredit AG Düsseldorf*, einer Tochtergesellschaft der *Dresdner Bank*, zwei Maschinen: eine Trockungsanlage und eine Sägestraße. Betroffen von diesem Kauf waren die Holzwerke Gröver, die mit den Maschinen, für die Gröver einen Leasingvertrag abgeschlossen hatte, ihre Produktion gefahren haben.

Alles weitere war für die Firma Pfleiderer dann nur noch eine Frage des juristischen Weges, auf dem sie im letzten Stadium dann in den Gerichten und nordrhein-westfälischen Polizeiverantwortlichen vorläufig willfährige Helfer fanden, um ein Konkurrenzunternehmen zu vernichten.

Ein weiteres Unternehmen in der Reihe derer, die dem Druck der profitgierigen Machenschaften der „Großen" in der Spanplattenbranche nicht standhalten konnte.

Bei den „Großen" fallen einem Namen wie *Glunz, Pfleiderer* und *Künnemeyer* ein. Bei den Betroffenen Namen, die in jüngster Zeit genannt wurden, wie *Holzwerke Osterwald* oder *Holzwerke Hauzenberg* und *Thermopal-Leutkirch*, bei denen man noch nicht weiß, wie es letztendlich ausgehen wird.

Wobei Insider davon sprechen, daß die „Großen" für solche Fälle wie Gröver immer einige Millionen deponiert haben, damit bei günstiger Gelegenheit unliebsame Konkurrenten schnell beerdigt werden können. Man wird noch mehr als bisher auf ihr Geschäftsgebahren achten müssen.

Für die Gewerkschaft Holz und Kunststoff ist der Kampf um den Erhalt einer solchen Firma der Kampf um die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen. Der GHK-Vorsitzende *Horst Morich* betonte deswegen bei einer Protestveranstaltung, die die GHK in Rüthen auf dem Marktplatz durchführte: „Wenn dem Heer der Arbeitslosen — durch Willkürakte, wie sie hier vorgenommen wurden — weitere Arbeitslose zugeteilt werden, ist für den normal denkenden Bürger der Zustand erreicht, wo sich Verdrossenheit und Zweifel an unserem sozialen Rechtsstaat breit macht." Weiter fuhr der GHK-Vorsitzende in seiner Rede fort: „Oder ist es gar so, daß die Ankündigungen eines Spanplattenherstellers aus dem vergangenen Jahr nun realisiert werden, die in einer Mitgliederversammlung eines Holzhandelsverbandes gemacht wurden? Da wurde festgestellt (Zitat): „Bei den Unternehmen werden sich in der nächsten Zeit nennenswerte Änderungen zeigen. Einige Kapazitäten werden wegfallen; es wird Besitzwechsel und Konzentration geben." Im gleichen Zusammenhang beklagte man sich darüber, daß durch Bürgschaften des Staates in Konkurs geratene Unternehmen durch Auffanggesellschaften am Leben erhalten werden sollen. Dies verstoße gegen das marktwirtschaftliche System. Man höre und staune — aber ich befürchte, da steckt mehr hinter als nur eine volkswirtschaftliche Erkenntnis. Da sollen offenbar — zum eigenen Vorteil — andere Betriebe auf fast kriminelle Art ausgetrocknet werden."

Über 100 Teilnehmer an der Veranstaltung, unter ihnen Betroffene und ihre Familienangehörigen, Politiker, Beschäftigte der umliegenden Firmen — vor allem Holzarbeiter — und Bürger der Stadt, die ihre Solidarität bekundeten und die sich ängstlich fragen: Welchen Ausgang wird dieses Lehrbeispiel willkürlichen Unternehmerhandelns in dieser „freien und sozialen" Marktwirtschaft haben?

Frauen gegen Sozialabbau

unter diesem Motto ruft der DGB für den 18. September zu einer bundesweiten Demonstration nach Bonn auf. Tatsächlich ist es höchste Ziet für den organisierten gewerkschaftlichen Widerstand gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung. Denn was die Bonner Regierung bei den Renten, beim Mutterschaftsurlaub, beim §218 usw. an Änderungen plant, das bedeutet den Frontalangriff auf alles, was sich die Frauen in- und außerhalb des Betriebes in den letzten Jahren an Verbesserungen mühsam erkämpft haben.

Wir drucken im folgenden ein Flugblatt der Abteilung Frauen beim IGM-Vorstand zu diesem Thema ab. Leserinnen (und natürlich auch Leser) des „Roten Morgen", die die Möglichkeit dazu haben, sollten dafür sorgen, daß es nicht in den Büros der örtlichen Verwaltungsstellen verstaubt, sondern möglichst breit an den Betrieben verteilt wird.

Protest gegen die frauen- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung

Im Wahlkampf und in seiner Regierungserklärung versprach Bundeskanzler Kohl:

- **Abbau der Benachteiligungen von Frauen**
- **bessere Unterstützung der Familien**
- **größere Anerkennung der Leistungen für die Kinder**
- **mehr Schutz für das ungeborene Leben.**

Diese Versprechungen erweisen sich als Täuschung und Heuchelei. Mit der sogenannten Wende hat die Bundesregierung einen bisher noch nie dagewesenen Angriff auf mühsam erkämpfte Rechte der Frauen eingeleitet.

1. Frauen sollen nicht mehr mit 60 Jahren in Rente gehen können. Offiziell heißt es, Frauen würden an die Regelungen für Männer angeglichen und könnten künftig erst mit 63 Jahren flexibles Altersruhegeld beziehen. In der Praxis bedeutet es jedoch für die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen, daß sie bis 65 arbeiten müssen, denn den meisten fehlt wegen der familienbedingten Arbeitsunterbrechungen die für das flexible Altersruhegeld notwendige Versicherungszeit von 35 Jahren. 1957 wurde den Arbeitnehmerinnen der vorgezogene Rentenbezug ermöglicht, weil ihre Gesundheit wegen der Doppelbelastung durch Haushalt, Kindererziehung und Beruf in den meisten Fällen mit 60 Jahren ruiniert ist. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

2. Bei der Hinterbliebenenversorgung soll keine Teilhaberrente mit Anrechnung von Kindererziehungszeiten eingeführt werden, sondern lediglich eine „kleine Lösung". Diese läuft voraussichtlich darauf hinaus, daß künftig die erwerbstätigen verheirateten Frauen beim Tod des Partners ihren eigenen Rentenanspruch verlieren, weil nur noch eine Rente gezahlt werden soll.

3. Die Bezugsdauer des Mutterschaftsurlaubsgeldes soll von vier auf drei Monate und die Höhe von 25 auf 20 Mark pro Tag gekürzt werden. Das ist eine Reduzierung um 40 Prozent! Diese Maßnahme ist unverantwortlich! Für erwerbstätige Frauen bedeutet das Mutterschaftsgeld Lohnersatz. Die Folge der Kürzung: Die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen, die 1982 allein 25 Milliarden Makr an Lohnsteuer gezahlt haben, kann vom Mutterschaftsurlaub keinen Gebrauch mehr machen und nicht mehr bei ihrem Kind bleiben.

4. Der Mutterschaftsurlaub wird nicht mehr als Beitragszeit in der Rentenversicherung angerechnet, sondern in eine Ausfallzeit umgewandelt. Damit verliert jede Mutter, die nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs ihre Erwerbsarbeit aufgibt, die rentenrechtliche Anerkennung der Zeiten der Schutzfrist vor und nach der Entbindung und des Mutterschaftsurlaubs.

5. Der §218 des Strafgesetzbuches soll wieder verschärft werden. Der Schwangerschaftsabbruch in einer sozialen Notlage soll nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden. Damit wird der Schwangerschaftsabbruch erneut zu einer Frage des Geldes: Die Mehrheit der Frauen wird wieder in die Arme von Kurpfuschern getrieben!

6. Mehrere Arbeitsschutzvorschriften für Frauen sollen verschlechtert werden oder ganz wegfallen. Das führt bei den Arbeitnehmerinnen zu stärkeren Belastungen und gesundheitlichen Schäden.

Es zeigt sich, was unter der „neuen Mütterlichkeit" zu verstehen ist. Diese Politik zu Lasten der Arbeitnehmerinnen ist frauen- und familienfeindlich, unsozial und arbeitsmarktpolitisch falsch! Den erwerbstätigen Frauen und Müttern wird genommen, was den Unternehmern in Milliardenhöhe gegeben wird!

Kolleginnen und Kollegen, wehrt euch! Stellt Öffentlichkeit her! Beteiligt euch an Protestversammlungen! Protestiert einzeln und im Namen der Frauenausschüsse gegen den sozialen Kahlschlag von CDU/CSU und FDP. Richtet euren Protest an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzleramt 5300 Bonn und an die zuständigen Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP.

IG Metall

Ultimatum bis zum 19. August gestellt

Fernfahrer vor Streik?

Kapitalisten wollen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Am 23. Februar dieses Jahres war die erste Verhandlungsrunde über die Arbeitsbedingungen der gewerblichen Fernfahrer. Am 23. Juni, vier Monate später erst, war die dritte Runde. Trotzdem: Die Unternehmer machen keinerlei Angebot. Im Gegenteil: Den Gewerkschaftsforderungen nach — recht geringen — Verbesserungen der Arbeitsbedingungen setzen sie unverschämterweise eigene Forderungen nach Verschlechterung dieser Bedingungen entgegen.

Zweimal die Woche, so wollen es die Spediteure, soll die Schicht 15 statt 12 Stunden dauern dürfen — offiziell versteht sich. Denn es ist eine für jeden, der sich auch nur einmal mit einem Fernfahrer unterhalten hat, bekannte Tatsache, daß an den ganzen Vorschriften und erst recht an arbeitsschutzmäßigen Bestimmungen so gut wie nichts „Wirklichkeit" ist. Daß Vorschriften von Fahrern umgangen werden, weil ihre Chefs und ihr magerer Verdienst sie dazu zwingen, das ist eine Erscheinung, die nicht nur alltäglich sondern üblich ist. Mehrere tausend Fernfahrer (der insgesamt ca. 45000) hatten sich bereits am 17. und 18. März an den von der ÖTV organisierten Protestaktionen beteiligt.

Die Forderungen der ÖTV: Begrenzung der monatlichen Höchstarbeitszeit auf 210 Stunden, 50 Stunden in der Woche statt wie bisher 57 Stunden (die in der Regel überschritten werden). Außerdem sollen die Fernfahrer nicht mehr selbst beund entladen müssen, Zuschläge für Nachtarbeit und höhere Spesen bekommen. Und mehr freie Tage sowie Zusatzurlaub.

Alles Forderungen, die nicht nur äußerst berechtigt sind, weil hier im Dienste des Profits der Spediteure oft genug mit dem Leben der Fahrer und anderer Verkehrsteilnehmer gespielt wird, weil die Fernfahrer zu den Berufsgruppen mit den meisten spezifischen Krankheiten gehören und aus vielen Gründen mehr.

Die Landesverbände des Deutschen Güterfernverkehrs haben frühzeitig ihre Mitgliedsfirmen auf Streik eingestellt, wollen keinesfalls nachgeben.

Sie spekulieren auf Einschüchterung in vielen kleineren Betrieben und auf Zersplitterung der Fahrer. Deshalb hat auch auf der anderen Seite die ÖTV in verschiedenen Gegenden (leider offensichtlich nicht überall) einiges dafür unternommen, eine Streikfront aufzubauen.

Die „Kapitäne der Landstraße", wie es so malerisch und mystifizierend heißt, sind, wie viele selbst sagen, in Wahrheit nichts anderes als Hilfskulis, der Willkür der Chefs oft genug ausgesetzt, wie auch den dadurch heraufbeschworenen Gefahren.

Wenn sie sich jetzt dazu aufraffen, zu kämpfen, Widerstand zu leisten, so ist das, gerade in einer Zeit, da auch die Spediteure den üblichen Kapialistensermon über schlechte Lage herunterrasseln, ein wichtiges Zeichen, auch wenn sie zahlenmäßig nicht so viele sind.

Ende November wird der nächste Kongreß der Volksfront stattfinden. Der Kongreß wird über die bisherige Arbeit der Volksfront diskutieren und die Aufgaben für die nächste Zeit erörtern und festlegen. Die vorbereitende Diskussion in der Volksfront hat bereits begonnen.

Der geschäftsführende Ausschuß des BWK und das Sekretariat der KPD haben sich bei einem Treffen darüber verständigt, daß es nützlich wäre, wenn die politischen Organisationen, die die Volksfront unterstützen, im Vorfeld des Kongresses ihre Ansicht zu diesem Thema öffentlich darlegen und diskutieren. Diese Diskussion soll im „Roten Morgen" stattfinden. Sie beginnt in dieser Ausgabe mit einem Beitrag von Genossen des BWK, der in der nächsten Ausgabe fortgesetzt wird. Es folgen Beiträge von Genossen der KPD und der FAU aus Hamburg. Eine Beteiligung anderer politischer Organisationen an dieser Debatte würden wir begrüßen.

Zur Vorbereitung des Volksfrontkongresses im Herbst 83

Die Klärung einer Einheitsfrontpolitik gegen die Reaktion wird immer dringlicher

Diskussionsbeitrag (Teil 1)

I. Die Notwendigkeit einer Frontbildung gegen die Reaktion und die Einheitsfront-/Volksfrontpolitik der Kommunisten

1. Alle gegenwärtig bestehenden revolutionären kommunistischen und sozialistischen Organisationen haben sich bei allen Unterschieden und Differenzen stets zwei Aufgabenschwerpunkte gesetzt: die Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften zur Unterstützung und Vertretung der Arbeiterinteressen und das Ziel einer Einheitsfront der arbeitenden Klassen gegen die herrschende Bourgeoisie.

Ob sie dieses angestrebte Bündnis zwischen Arbeiterklasse und alter und neuer Mittelklasse nun „Einheitsfront" nannten oder nicht, ob sie die Verbindung zwischen Arbeiterklasse und „nicht-proletarischen" Klassen „Erziehung zum Standpunkt des Proletariats" nannten oder als einigende Aufgabe eines „politischen Kampfes" umschrieben — stets war und ist mit dieser Politik die Einsicht verbunden, daß weder die Revolutionäre allein noch die Arbeiterklasse — oder noch enger das Industrieproletariat — allein eine Revolution durchführen werden. Die Frage nach der Einheitsfrontpolitik ist, was die Revolutionäre, Sozialisten und Kommunisten betrifft, also die Frage nach ihrem Beitrag zur Revolution als der „realen Bewegung, welche den gegenwärtigen Zustand aufhebt" (Karl Marx).

Wenn gegenwärtig mit der zunehmend offener und direkter betriebenen Krisen-, Unterdrückungs- und Kriegspolitik der Reaktion die Klärung einer Politik der Einheitsfront immer dringlicher wird und in verschiedensten Organisationen unter unterschiedlichsten Fragestellungen erörtert wird — als „Strategiedebatte" in den Bewegungen der neuen Mittelklasse, als Programmdebatte in der VVN, als Aufgabendiskussion in der Volksfront usw. —, dann findet die Beteiligung der revolutionären Organisationen an dieser Erörterung keineswegs voraussetzungslos statt.

Die KPD hat maßgeblich den Aufbau der Volksfront betrieben und erörtert den Weg ihrer weiteren Unterstützung. Der Kommunistische Bund hat früh die Aufgabe eines Kampfes gegen die fortschreitende „Faschisierung" propagiert und ein Konzept der Unterstützung der linken Kräfte in der alternativen und grünen Bewegung entwickelt. Die Marxistische Gruppe wendet sich im Aufruf zur Demonstration am 17. Juni „An alle, denen zwei Weltkriege reichen". Der frühere KBW hatte den „demokratischen Kampf" als einigendes Kettenglied im Kampf gegen den Imperialismus festgelegt. Der BWK hat sich unter anderem mit der Festlegung der Frontbildung gegen die Reaktion gegründet. Die MLPD begreift das Bündnis von „Hammer, Sichel und Buch" als Ausdruck eines Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und alter und neuer Mittelklasse.



Das Eingreifen der verschiedenen Organisationen bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen — ob durch Beteiligung, Nicht-Beteiligung, Boykott oder Wahlunterstützung anderer Organisationen und Parteien — hat in der Vergangenheit die Frage der Einheitsfrontpolitik zwischen Revolutionären und Vertretern anderer politischer Richtungen aufgeworfen und wirft sie in der Zukunft ständig auf. Soll sie nur in der Wahl bestehen? Soll bereits in der Frage der Kandidatenaufstellung und Programmfestlegung eine direkte Einflußnahme auf die Politik der Kommunisten stattfinden können? Soll das Wahlbündnis selbst ein Einheitsfrontbündnis sein, und wenn ja, mit welchen Zielen?

2. Bei aller Unterschiedlichkeit und Differenz dieser mit dem Versuch der Einheitsfrontbildung zu umschreibenden Politik der revolutionären Organisationen beteht eine weitere unübersehbare Gemeinsamkeit: Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre hatten die heute bestehenden Organisationen die Abgrenzung zu den „nächst-linken" Positionen (nämlich „Reformismus und Revisionismus") zur Hauptaufgabe erklärt. In dem Maße, wie sie ihre Existenzberechtigung durch revolutionäre Tätigkeiten statt durch Abgrenzung von nicht-revolutionären linken Positionen begründet hatten und die „sozialliberale Phase" zu Ende ging, bestanden auch immer weniger Zweifel über den Hauptgegner einer Einheitsfrontpolitik: **die Reaktion.** Wer die Reaktion ist und wie sie zu kritisieren ist, wird in den Organisationen unterschiedlich bestimmt. Es wird jedoch kaum bestritten, daß die offenen und direkten Vertreter der Monopolbourgeoisie, die reaktionärsten wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Vertreter, Ansichten und Meinungen der herrschenden Klasse angegriffen werden müssen, wenn man die herrschende Klasse angreifen will. Die Kritik der liberalen, reformistischen und sonstigen Schattierungen der bürgerlichen Interessen wird auf diesem Wege miterledigt. Was die Kommunistische Internationale auf ihrem VII. Weltkongreß bei der Formulierung der Politik der Einheitsfront- und Volksfrontpolitik gegen den Faschismus festlegte, umschreibt durchaus auch die Erfahrung der Revolutionäre heute:

> „Manche meinen, daß wir, indem wir das Hauptfeuer gegen den Faschismus konzentrieren, unseren Kampf gegen die Bourgeoisie als Klasse im Ganzen abschwächen. Eine solche Behauptung wäre dasselbe, wie wenn irgendwer behaupten wollte, daß wir, indem wir gegen den Imperialismus auftreten, eben damit den Haß der Volksmassen gegen die kapitalistische Ordnung abstumpfen ... Indem wir die Macht dieser (der faschistischen in diesem Falle, Anm. d. Verf.) Elemente untergraben, untergraben wir die Position der Bourgeoisie als Klasse, denn die Bourgeoisie als Klasse ist durch unzerreißbare Bande mit den reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals verbunden." (Manuilski, Die Ergebnisse des VII. Weltkongresses der Kommunisten, S. 18f)

Alle geschichtliche Erfahrung zeigt: Entweder der Aufbau einer Einheitsfront gegen die Reaktion gelingt der kämpfenden Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Bündnis mit den Mittelklassen oder umgekehrt: Die imperialistische Monopolbourgeoisie ist in der Lage, eine faktische Einheitsfront äußerst unterschiedlicher und gegensätzlicher sozialer Interessen gegen die Revolution zusammenzuführen. Sieht man sich unter dieser Fragestellung die Wahlentwicklung in der Weimarer Zeit an, so fällt auf, daß die dramatischen Änderungen in der Zeit zwischen 1924 und 1933 in der Konsolidierung der bestehenden bürgerlichen reaktionären und faschistischen Kräfte und Gruppierungen bestanden, bis sie schließlich mit NSDAP, DNVP und Zentrum auch die zahlenmäßige Mehrheit hatten. Auf seiten der Linken dagegen — der KPD und SPD — blieben die zahlenmäßigen Größenordnungen im wesentlichen gleich. Dem „linken Lager" gelang es aber nicht, die eigenen Kräfte zusammenzufügen, die Reaktion zu isolieren, das bürgerliche Lager zu spalten und die „Mitte" — damals also zumindest Teile des Zentrums — zu neutralisieren oder auf seine Seite zu ziehen.

3. Aus diesen eigentlich nicht von der Hand zu weisenden Tatsachen und Erfahrungen folgen aber eine Reihe von Konsequenzen:

a) Die objektiven Bedingungen des Imperialismus und die Entwicklung des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern heute drängen allen arbeitenden Klassen und den Vertretern aller politischen Strömungen, die sich ihnen zuordnen, die Frage nach einer Einheitsfront gegen die Reaktion auf, egal, ob sie diese Frage nun so oder anders bezeichnen und behandeln, und egal, ob sie sich allein oder mit anderen zur Lösung dieser Aufgabe berufen fühlen.

b) Daraus aber zu folgern, eine Einheitsfront gegen die Reaktion entstünde aus einer der bestehenden Bewegungen (**der** Gewerkschaft, **der** Grünen, etc) mehr oder weniger durch Ausbau und Verbreiterung, ist töricht und geht an allen geschichtlichen Erfahrungen vorbei.

Denn:

- Die Monopolbourgeoisie betreibt zwecks Sicherung ihrer Herrschaft Bereicherung der Bourgeoisklasse, Expansion ihrer Ökonomie, eine reaktionäre Sammlung gegen jede fortschrittliche soziale Veränderung, gegen die Revolution. Durch Unterdrückung, Bestechung, Spaltung und Demagogie sammelt sie ihren Anhang im eigenen Lager, sammelt Anhang in den Mittelklassen und versucht auf dieser Basis Einbrüche in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu erzielen. Zu glauben, gegen diese planmäßige Politik der Reaktion hätte eine spontane Sammlungsbewegung aller Betroffenen als Betroffene irgendeine Aussicht auf Erfolg, ist durch nichts begründet.
- Da eine Einheitsfront gegen die Reaktion nur als Bündnis möglich ist, und zwar als Bündnis bestehender Klassen, Schichten, Organisationen, Gruppierungen ideologischer Strömungen, ist jedes Konzept, das dieser Tatsache nicht Rechnung trägt, nicht nur borniert, sondern geht am Problem vorbei.

c) Viel eher ließe sich das Erfordernis an gemeinsamer bewußter Aufgabenstellung und Grundsätzen wie folgt umschreiben.

Als Minimum:

- Die Verteidigung der eigenen sozialen Interessen gegen die Reaktion (ob als Sozialdemokrat, entschiedener Republikaner, Christ, Pazifist, Demokrat) über das Argument der Verteidigung der herrschenden Ordnung, der Verteidigung des Privateigentums um jeden Preis zu stellen.
- Jegliche nationalistische Paktiererei mit der herrschenden Bourgeoisie abzulehnen. Oder anders gesagt: Unter Ablehnung des Nationalismus, Chauvinismus und Sozialchauvinismus können die unterschiedlichen Interessen der von der Bourgeoisie abhängigen und unterdrückten Klassen und Schichten sich gegen die Reaktion vereinigen, unter Vorherrschaft des Nationalismus werden letztlich auch die weitreichendsten sozialen Widersprüche gegen die Bourgeoisie in den Fängen der Reaktion landen.

Man braucht wirklich kein Kommunist zu sein, um wenigstens das aus der Geschichte des deutschen und westdeutschen Imperialismus zu lernen. Und gerade die Revolutionäre, Sozialisten und Kommunisten sollten sich der blinden Hoffnung widersetzen, eine Einigung gegen die Reaktion wäre für noch weniger als dieses sachliche Minimum an Grundsätzen zu haben.

Mit der Vertiefung der kapitalistischen Krise, der zunehmenden Verschärfung der inneren Reaktion und der imperialistischen Kriegsvorbereitung findet keineswegs eine spontane Isolierung der Reaktion in der öffentlichen Meinung statt.

Im Gegenteil, die demagogisch begründete Politik des Finanzkapitals findet Anhang über die Reihen der Bourgeoisie hinaus. Statt Zersetzung des Anhangs der Bourgeoisie besteht die Gefahr einer neuerlichen Konsolidierung eines bürgerlichen reaktionären Lagers. Diese Sammlungserfolge der Reaktion haben unter anderem ihre Ursache darin, daß sie ein zusammenhängendes Konzept, einen scheinbaren Ausweg aus der Krise propagieren, der vor allem für besser gestellte Teile der Bevölkerung entweder den einen oder anderen materiellen Vorteil bringt oder zumindest den Anschein von Wahrheit hat.

- „Die Abhängigkeit von anderen Ländern und dem Weltmarkt, die Notwendigkeit der Sanierung der ,nationalen Wirtschaft' und Finanzen, Wirtschaftsexpansion als Ausweg aus der Krise usw." Demgegenüber propagiert die Sozialdemokratie sachlich das gleiche in abgemilderter Form und mit anderer Begründung.

Ein Einheitsfrontbündnis der arbeitenden Klassen gegen die Reaktion, das der Anhangbildung der Reaktion entgegentreten will, muß also eine praktische Antwort auf die Entwicklung der Krise des Imperialismus finden. Nicht nur, **daß** und **gegen wen** die Interessen

der arbeitenden Klassen zu vertreten sind, sondern auch **wie** unter den gegenwärtigen Bedingungen, muß geklärt werden. Eine Einheitsfront gegen die Reaktion muß wissenschaftlich begründete praktische Antworten auf Lohnsenkung, Spaltung der arbeitenden Klassen, Massenarbeitslosigkeit, Verelendung, Unterdrückung und Kriegsvorbereitung finden, ohne sich diese Antworten von der Reaktion diktieren zu lassen.

II. Erklärte Absichten der Reaktion und gegenwärtige Aufgaben einer Einheitsfrontpolitik

Sind auch die historischen Umstände nicht die gleichen, so entsprechen doch auch gegenwärtig drei Entwicklungen den Bedingungen, unter denen in den 20er und 30er Jahren die Kommunisten vor die Aufgabe der Klärung einer Einheitsfront gestellt wurden:

- die Wirtschaftskrise mit Lohnsenkung, Lohnspaltung und Verelendung für die Lohnabhängigen;
- die Verschärfung der politischen Unterdrückung durch die Reaktion und die zunehmende Beseitigung jeglicher Hemmnisse der imperialistischen Regierungs- und Exekutivgewalt;
- die Vorbereitung des nächsten imperialistischen Krieges.

Nimmt man die heutigen Zielsetzungen der Reaktion beim Wort ihrer Vertreter, so zeichnen sich in etwa die folgenden — offiziell vertretenen und geplanten — Entwicklungen ab:

1. Entfesselte Exekutivgewalt oder Verteidigung erkämpfter Rechte

Zur Verteidigung der „Freiheit", der Kapitalfreiheit, also des Kapitalismus, müssen jegliche Freiheiten der Lohnabhängigen beseitigt werden können. Das ist der Grundsatz, nach dem die Reaktion den Aus- und Umbau ihres staatlichen Unterdrückungsapparates plant.

Diese Planung nehmen die westdeutschen Konzerne auch selbst in die Hand und überlassen sie keineswegs ihren Politikern.

1977 veröffentlicht die Thyssen-Stiftung ein zweibändiges Werk „Regierbarkeit, Studien zu ihrer Problematisierung", und 1978 führt die Carl Friedrich von Siemens Stiftung ein Symposium „Der Ernstfall" durch:

„Wenn wir heute von der Möglichkeit der Unregierbarkeit reden, so meinen wir im Grunde, daß der jeweilige Staat nicht mehr in der Lage ist, durch seine Amtsinhaber seinen Souveränitätsanspruch seinen Bürgern gegenüber zur Geltung zu bringen."

Umgekehrt soll das heißen: Überall, wo gesellschaftliche Einrichtungen und Organisationen anfangen, nicht mehr die staatliche Exekutivpolitik gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen, sondern sich den Interessen von Lohnabhängigen verpflichten, da entsteht „Unregierbarkeit". Parteien, die etwa nach Grundsätzen des imperativen Mandats und der „Basisdemokratie" verfahren wollen — verursachen „Unregierbarkeit". Vor allem die Gewerkschaften sind Urheber von „Unregierbarkeit", und zwar immer dann, wenn sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben nachkommen.

Die Siemens-Ernstfall-Studie geht noch einen Schritt weiter. Die Hauptaussage: In der BRD-Verfassung sei alles vorgesehen, nur eben nicht das Unvorhersehbare. Deswegen sei die Exekutive für den Ernstfall immer noch nicht ausreichend gerüstet. Die „normierte Ausnahme" (mit Grundgesetz, die durch Gesetze, Verfassungsgericht und Rechtspraxis aufladbare FDGO-Staatszielpolitik und die Notstandverfassung) sei vorgesehen, aber eben nicht die „nichtnormierte Ausnahme".

Um einen übergesetzlichen Notstand, also der entfesselten Exekutive, sei nicht herumzukommen. Bestes Beispiel sind der Krisenstab und das Kontaktsperregesetz 1977, beide hätten nur außerhalb der bestehenden Verfassungsnorm durchgesetzt werden können. Zur Vorbereitung auf den Ernstfall, also die offene Konterrevolution und den imperialistischen Krieg, fordern die Herrn im einzelnen:

- Schluß mit dem Sozialstaat, runter von allen gesellschaftlichen Reproduktionsansprüchen der Lohnabhängigen an den Staat
- in der Ideologie: von der Verteidigung zum offenen Angriff gegen den äußeren und inneren Feind
- Krieg: vom Gerede über seine Vermeidbarkeit zur Propaganda seiner Unvermeidbarkeit.

Als Sternstunde der Reaktion wird hier die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Scheel auf der Kommandeurstagung 1978 gefeiert, wo endlich die für die Reaktion erlösenden Worte offziell gefallen seien: „Die Bundeswehr kann ihre Funktion nur erfüllen, wenn sie für den Ernstfall gerüstet ist, d. h., wenn wir den Frieden erhalten wollen, dann müssen wir unsere Soldaten im Hinblick auf den möglichen Krieg ausbilden. Der Soldat kann nur den Frieden sichern, wenn er für den Krieg bereit ist. Der Krieg aber hat mit dem Tod zu tun."

- Verfassung, Gesellschafts- und Staatsform: „Der Unterschied zum Ernstfall im Artikel 48 der Verfassung von Weimar, der sogenannten Diktatur des Reichspräsidenten, liegt darin, daß die heutige Krisenerklärung nicht mehr zum Ausklinken des Ausnahmezustandes führt. Das Krisenverfahren tritt an die Stelle des Kompetenzwechsels."

Was den von Siemens geladenen Reaktionären also vorschwebt, ist der Übergang von einer verfassungsförmigen Krisendiktatur einer ausgewählten Oligarchie aus dem Personal der herrschenden Klasse und den staatstragenden Parteien zu neuen Formen der offenen Diktatur des Finanzkapitals, ohne Rücksichten auf irgendwie geartete Versprechen bürgerlicher Republik.

Der Konservativismus und Rechtsradikalismus der 70er und 80er Jahre hat damit offiziell Abschied genommen von der Hoffnung auf die „soziale Selbstintegration" der Marktwirtschaft und der „Industriegesellschaft". Spätestens seit der Vertiefung der imperialistischen Wirtschaftskrise mit der Krise von 1973/74 fordert er deshalb nicht mehr die „formierte Gesellschaft", sondern den „starken" Staat, der sich von allen gesellschaftlichen Reproduktionsansprüchen lösen müßte, um rein exekutiv „Staat", also Unterdrückungsmaschine zu sein.

2. Kapitalistische Krise: Wirtschaftsexpansion oder Sicherung der Reproduktion der arbeitenden Klassen

Anders als für große Teile der Linken ist für die Reaktion das Verhältnis von „Ökonomie und Politik" keineswegs ein abstraktes Problem, sondern eine äußerst praktische Angelegenheit.

Die Erfahrung der Reaktionäre ist, wenn die materiellen Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, wie sie in Jahrzehnten durchgesetzt wurden, drastisch verschlechtert werden, dann greift die Kritik auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse über. Wird erst die Gesellschaft kritisiert, dann ist die handgreifliche Kritik an der politischen Herrschaft der Bourgeoisie nicht weit. Dem vorzubeugen, gilt der „präventive Staats- und Verfassungsschutz".

In den Worten der Siemens-Studie:

„Einmal kommt der Tag, an dem die ‚Armen' von heute entdecken, daß auf der Basis von 624 DM kein ‚Vermögen' zu bilden ist und daß sich auf neunzig Quadratmetern nicht ‚menschenwürdig' wohnen läßt. Das Programm der sozialen Gerechtigkeit macht den Sozialstaat daher erpreßbar."

„Erpreßbarkeit des Sozialstaates", das heißt aber nichts anderes, als daß die Lohnabhängigen ihre Forderungen nach Sicherung ihrer Reproduktions- und Lebensbedingungen als **gesellschaftliche** Forderungen vertreten und nicht als Privatangelegenheit individuell über den Markt regeln.

Also fordert die Reaktion: Die Anerkennung der Reproduktion und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen als öffentlicher und gesellschaftlicher Anspruch an die bestehende Gesellschaftsordnung muß beseitigt werden. Oder mit den Worten von Strauß, der Schlachtruf ist: „Freiheit oder Kollektiv".

Unter dem Leitmotto „Freiheit oder Kollektiv" formuliert die Bundesregierung als einen ihrer Hauptgrundsätze:

„Die Investitionskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft müssen gefestigt werden, indem individuelle Verantwortlichkeit und Leistung wieder größeres Gewicht erhalten und hierdurch mehr Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Deshalb kommt es darauf die vielfältigen Einwirkungen des Staates auf die Wirtschaft und den einzelnen Bürger zu reduzieren und dadurch private Initiative, Verantwortungsfreude und Einsatzbereitschaft wieder stärker zu Geltung zu bringen. Viele Dinge sind im privaten Entscheidungsbereich besser lösbar als durch staatliche Instanzen." (Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1983)

Im einzelnen: Wie bekannt wurde die Mehrwertsteuererhöhung schon durchgezogen, des weiteren sind die Senkung der Gewerbekapital-, Vermögens- und Erbschaftssteuer für die Kapitalisten vorgesehen. Die schon unter der SPD/FDP-Regierung klar ersichtliche Tendenz der zwangsweisen Erhöhung der direkten Steuern aus Lohn sowie der indirekten Steuern, die ja in der Masse ebenfalls die endverbrauchenden Lohnabhängigen zu bezahlen haben, und auf der Gegenseite die ständige Verringerung der Steuern auf Eigentum und Profit.

Daneben soll Schule machen, was die Bundesregierung den Arbeitern bei ARBED-Saarstahl mit massiven Drohungen zur „Arbeitsplatzsicherung" abgezwungen hat: Verzicht auf Lohnbestandteile. Denn für Regionen z. B. mit höherer Arbeitslosigkeit soll auch unter Tarif bezahlt werden können. So formulierte der saarländische Wirtschaftsminister das Verlangen nach einer 5-Prozent-Lohnkürzung zur Anlockung neuer Betriebe. Allgemeiner gefaßt wird verlangt: Die Lohnabschlüsse sollen den Differenzen innerhalb der Regionen, der Wirtschaftssektoren sowie der Beschäftigungsqualifikationen entsprechen. Lohn und Produktivität sollen verstärkt über die Arbeitsmarktkonkurrenz reguliert werden. Flankierend soll der Lohnabhängige Lohnbestandteile in Kapital seines ihn ausbeutenden Kapitalisten verwandeln.

Als Köder für die Zustimmung zu solch einer Politik soll die Verkürzung der Arbeitszeit dienen, aber nur, wenn letztlich Lohnsenkungen herauskommen.

Die ganze Arbeitszeitdebatte wird von der Bundesregierung und insbesondere vom Arbeits- und Sozialminister Blüm mit dem Argument der „größeren Flexibilität", die erreicht werden müßte, geführt:

„Die Bundesregierung hält mehr Flexibilität im Arbeitsleben für erforderlich. Wer freiwillig früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden will, soll dazu die Möglichkeit erhalten. Um neue Beschäftigungschancen nicht zu verhindern, müssen dabei neue Belastungen der Beitrags- und Steuerzahler verhindert werden. Die Bundesregierung sieht insbesondere in Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien zu größerer Flexibilität der Lebensarbeitszeit einen geeigneten und zugleich den Besonderheiten der Wirtschaftszweige Rechnung tragenden Weg. Die Regelungen müssen reversibel sein und dürfen zu keiner Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung führen."

Somit sollen „kollektivistische Schranken" der freien Marktwirtschaft fallen.

In die Rubrik dieser Frontkämpfer darf sich nun auch Heimo George einreihen. Seit 1976 im Bundestag, ist er laut Bundestagshandbuch noch immer leitender Angestellter bei Siemens und hat derzeit den Vorsitz des wichtigen CDU/CSU-Arbeitskreises „Arbeit und Soziales".

Ein Kernsatz seiner Aussage lautet:

„Für Arbeit gibt es keine Grenzen, wenn sie bezahlt werden kann und die vielfältigen Hemmungen ihrer Durchführung abgebaut werden."

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll natürlich abgebaut werden, weil sie zu „einer überdurchschnittlichen Belastung" der Unternehmen führt und deshalb zumindest „etwas niedriger" als der volle Lohn angesetzt werden sollte. Desweiteren geht er von der Überlegung aus, daß „die jetzigen Tarif-Hochlöhne" eine starke „Mindestlohnarbeitslosigkeit" zur Folge habe. Deshalb sollten die Tarifverträge Klauseln enthalten, daß bei Vorliegen bestimmter Kriterien mit Zustimmung sowohl der zuständigen Gewerkschaft als auch des zuständigen Arbeitgeberverbandes eine begrenzte Unterschreitung der Tarifbedingungen möglich ist. Arbeitssuchende sollten gar durch formale Erklärung auf bestimmte Rechte und Ansprüche verzichten können. Da Kündigungsschutz nach Georges Ansicht zu den arbeitshemmenden Bestimmungen gehört und deshalb eingeschränkt werden sollte, kann man sich vorstellen, wie die Kapitalisten in ihren Betrieben solche Arbeiter umschichten würden, die bereit sind, Verzichtserklärungen zu unterschreiben.

Nach George trat Hans Knürr, Bayerns Repräsentant der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, für eine Einschränkung der Tarifautonomie ein, weil ein Tarifvertrag zu viele soziale Elemente enthalte und zu wenig Faktoren, die die Gegebenheiten des Marktes berücksichtigen. Es könnten genügend Arbeitsplätze geschaffen werden, „wenn ich den Preis für die Arbeit frei aushandeln kann". So ist Knürr für eine wöchentliche Arbeitszeit von 25 bis 50 Stunden und „frei vereinbarte Stundenlöhne". Zumindest sollten die Tariflöhne eine „Toleranz von zwanzig Prozent" nach beiden Seiten haben.

Daneben soll auch das Versicherungssystem mehr auf die private freie Entscheidung umgestellt werden, sollen also die Pflichtversicherungsgrenzen fallen.

Entfesselung der Kapitalwirtschaft und Fesselung der Arbeiter ist der Grundsatz dieses Wirtschaftsprogramms. Das Versprechen der Reaktion ist: Der Aufschwung und die Wirtschaftsexpansion bringen dann Besserung für alle. Wer sich aber auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den Standpunkt einläßt, die Interessen der Profit- und Expansionssicherung hätten vor der Sicherung der Reproduktion, der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohabhängigen zu stehen, der steht schon mit einem Bein auf dem Boden der Kriegsvorbereitung. Den nächsten imperialistischen Krieg bereitet die Reaktion propagandistisch vor als Fortsetzung der „Verteidigung" der Expansionssicherheit des Kapitals mit anderen Mitteln. Militärisch wird er durch den BRD-Imperialismus geplant als raumgreifender Angriffskrieg nach Osten zwecks Landnahme und Kontrolle.

3. Kriegsvorbereitung: Vaterlandsverteidigung oder Schwächung und Niederlage der BRD

CDU: „Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit dem westlichen Bündnis nicht für eine geografische Interessengemeinschaft, sondern für eine Wertegemeinschaft entschieden ... Die Gemeinschaft des Westens beruht auf einem Fundament gemeinsamer Werte und Grundüberzeugungen: auf den Prinzipien der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der Freiheit der Person, der sozialen Gerechtigkeit und der universalen Menschenrechte, darunter dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker ... Diese Werte werden von der Sowjetunion nicht nur in ihrem eigenen Bereich in Frage gestellt und verletzt. sondern überall dort bekämpft, wo sie die Macht dazu hat. Darin liegt die wesentliche Ursache für die Gefährdung des Friedens. Uns dagegen zu verteidigen, ist nicht nur unser Recht, sondern unsere ethische Pflicht. Denn ohne Freiheit und ohne Menschenrechte gibt es keinen wirklichen und dauerhaften Frieden."

Und Wörner zu den aktuellen Aufgaben:

„Wer es jetzt nach den Vorgängen im Iran, in Afghanistan, in Saudi Arabien, wer es bei den aktuellen Bedrohungen unserer Öl- und Rohstoffversorgung noch nicht begriffen hat, daß man Europa und die BRD in den Ruin treiben und in die Knie zwingen kann, indem man den Ölhahn zudreht, ohne auch nur einen Schuß abzufeuern, dem ist nicht mehr zu helfen. Daher muß jetzt in Struktur und Aufgabenstellung der NATO die Konsequenz gezogen werden:
a) die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung muß zu einer zentralen Aufgabe der NATO werden,
b) die Koordinierung der Ost- und Osthandelspolitik der Verbündeten ist ebenfalls vordringlich,
c) die geografische Begrenzung muß fallen."

Und Kohl zum Prinzipiellen des Opferbringens im Innern:

„Bei allem Verständnis für die drängende Notwendigkeit des Alltags, die Brisanz wirtschaftlicher und sozialer Fragen, müssen wir dennoch unseren Mitbürgern immer wieder klarmachen, daß es im Verhältnis der politischen Ziele zwischen äußerer Sicherheit und wirtschaftlicher Sicherheit eine natürliche Hierarchie gibt, Freiheit kostet ihren Preis ... Wichtige Einsicht ist in diesem Zusammenhang, daß an der Frage des Wehrdienstes besonders deutlich wird, daß sich kein Staat und schon gar kein demokratischer Staat auf die Dauer gut entwickeln kann, der zu seinen Bürgern immer nur von der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse spricht. Die geistigen, die immateriellen Grundlagen unseres Gemeinwesens haben eine herausragende Bedeutung. Natürlich ist es ganz wichtig, daß wir die Rentenmisere bewältigen, die Arbeitslosigkeit abbauen, jungen Leuten Ausbildungsplätze, Studienplätze und später Arbeitsplätze geben. Aber es ist auch wichtig, daß die Bürger unseres Landes neben der rationalen Begründung mit ihrem Herzen dieses Land verstehen und bejahen. Das hat gar nichts mit dem Staub von gestern zu tun. Wirkliches Geschichtsverständnis führt vielmehr zu fortschrittlicher Haltung und Gestaltung. Alle Völker dieser Welt nehmen ein selbstbewußtes Geschichtsverständnis für sich in Anspruch. Aber wer so verkrampft mit seinen nationalen Symbolen umgeht, ob es die Flagge oder die Nationalhymne oder der Nationalfeiertag ist, der darf sich nicht wundern, wenn die jungen Mitbürger dazu auch nur einen verkrampften Zugang haben. Mit einem solchen Staat aber ist kein Staat zu machen, wenn die Bürger nur sagen: Ich fordere, ich erwarte, ich verlange! Auf die Dauer kann unser demokratischer Staat nur mit der Gesinnung leben: Ich bin bereit mitzuarbeiten, zu geben und, wenn es sein muß, auch Opfer zu bringen. Das gehört ebenso zu unserem Staatsverständnis wie Rentenversorgung, Abbau der Arbeitslosigkeit und vieles andere mehr."

Bei aller weltweiten Verantwortung will die BRD insbesondere die Angriffsstrategie gegen Osteuropa ausbauen. Bereits heute ist es so, daß die BRD über die Bundeswehr die stärksten europäischen Landstreitkräfte stellt und für die Operationen an der Ostfront führende Verantwortung trägt. Seit Aufbau der Eingreiftruppen und Flottenverlegung von Verbänden der USA und der damit eingeleiteten Debatte um „internationale Arbeitsteilung" wird die BRD nicht müde, ihre allseitige Bereitschaft für Übernahme von „mehr Verantwortung und mehr Aufgaben in Europa" zu betonen. Dabei legt sie insbesondere Wert auf die Strategie der Vorneverteidigung:

„Die NATO wäre nach den klassischen Gesetzen der Kriegsführung auch unter grundsätzlich defensiver Zielsetzung eigentlich gezwungen, die erforderliche Tiefe durch begrenzte Angriffsoperationen zu gewinnen, um so die Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung auch bei längerer Dauer des Krieges zu schaffen." (Hubatscheck, EW 3/81) Und: „Wir sollen unsere Streitkräfte so organisieren und ausrüsten, daß wir im Verteidigungsfall 1. keinen Atomkrieg, aber auch 2. keinen Panzerkrieg auf unserem Territorium quer durch die Bundesrepublik Deutschland führen müssen, sondern einen Krieg der Panzer an der Zonengrenze, d. h. ostwärts Lübeck, an der Elbe, im Harz, im Hessischen Bergland, an der Grenze bei Hof und im Bayrischen Wald. Das aber bedingt eine andere Wehrkonzeption, eine andere Organisation des Heeres, eine andere taktische Auffassung und ein anderes Mobilmachungssystem des Heeres." (EW 8/80)

Mit einer großangelegten Kriegsmobilisierung, die sie als Beitrag zur Friedenssicherung bezeichnet, will die CDU/CSU die Friedensbewegung im Herbst konfrontieren. Die Grundlinie dieses Angriffs der Reaktion ist: 1. Unsere Gesellschaft und unser Land sind verteidigungswert. 2. Die Sowjetunion ist der Hauptfeind. 3. Dagegen und für die Verteidigung der westlichen Grundwerte sind alle Waffen legitim.

Das heißt, die Reaktion versucht, dem direkten Angriff auf den NATO-Doppelbeschluß auszuweichen und der Kritik der Bewegung für eine Volksbefragung dadurch zu begegnen, daß sie die Grundsatzfrage der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaft Marke BRD aufwirft. Entweder die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg wird ihr auch auf diesem Feld entgegentreten, oder sie wird gegen die Propaganda der Reaktion unterliegen.

chc, rih (BWK)

(wird fortgesetzt)

Schluß mit der Bonner Unterstützung für die Faschisten in Ankara!

Demonstration
Samstag, 10. September
Köln, Ebertplatz
Beginn: 10.30 Uhr

Zahlreiche türkische und kurdische Organisationen rufen auf, am 10. September in Bonn gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei zu demonstrieren. Denn am 12. September jährt sich zum dritten Mal der Tag, an dem sich die faschistischen Militärs an die Macht putschten. (Siehe nebenstehenden Aufruf).

Die KPD ruft dazu auf, diese Demonstration zu unterstützen. Wir meinen, daß es gerade für deutsche Demokraten und Antifaschisten eine besondere Verpflichtung ist, den Kampf für den Sturz der faschistischen Junta in der Türkei zu unterstützen. Denn

Bonn mordet mit!

Über 20000 politische Gefangene gibt es nach offiziellen Angaben in den türkischen Gefängnissen. Tatsächlich sind es viel mehr. In welcher verzweifelten Lage sich diese Gefangenen befinden, ist auch einer größeren deutschen Öffentlichkeit bekanntgeworden, als im Juli/August Tausende von politischen Häftlingen für mehrere Wochen in den Hungerstreik traten. Fast täglich sterben politische Gefangene an den Folgen von Folter und Mißhandlungen. Fast täglich wird in einer der sogenannten Gerichtsverhandlungen, bei denen es bis zu 900 Angeklagte in einem Verfahren gibt, ein Todesurteil ausgesprochen. **Es ist völlig klar: Die Regierung, das herrschende Regime, will die Opposition nicht nur bestrafen, einsperren, einschüchtern — sie will sie ausrotten!**

Im Land soll Friedhofsruhe herrschen. Deshalb gibt es keine freien Gewerkschaften, keine Streik-, keinerlei Presse- und Meinungsfreiheit. Die Türkei ist das Chile Westeuropas.

Und was tut Bonn?

Bonn gibt den Faschisten in Ankara politische Rückendeckung: Graf Lambsdorff, der im Juni in der Türkei war, sprach sich dort lobend über die „Einhaltung des Plans zur Wiederherstellung der Demokratie" aus. Beweis: Im November wird es wieder Wahlen geben in der Türkei. Daß bei diesen Wahlen keine Partei kandidieren darf, die die Junta kritisiert; daß gesetzlich festgelegt ist, daß der Diktator General Evren auch nach diesen Wahlen weiter herrschen wird, spielt für den Grafen keine Rolle.

Bonn wirft den Faschisten in Ankara Millionen über Millionen in den Rachen. Allein für 1982/83 sind es über 600 Millionen Mark. Damit ist die Bundesrepublik nach den USA, die ihre Türkei-Hilfe jetzt auf über 700 Millionen Dollar erhöhen wollen, der größte Geldgeber für das faschistische Regime. Damit nicht genug, will die Bundesregierung auch erreichen, daß auch die EG ihre 1981 gestoppte finanzielle Unterstützung für die Türkei wieder aufnimmt.

Bonn gibt das Geld — unsere Steuergelder! — natürlich nicht aus reiner Freundschaft an die faschistische Junta in der Türkei. Die staatlichen Gelder fließen, weil General Evrens Regime die Türkei in ein Land verwandelt hat, in dem westdeutsche Unternehmer — u.a. Daimler-Benz und Siemens — Traumgewinne machen können. Die Gelder aus Bonn, Washington und anderen westlichen Staaten fließen, weil die Türkei der Brückenkopf der NATO im Nahen und Mittleren Osten ist.

Aber Bonn unterstützt die türkischen Faschisten auch ganz direkt bei der blutigen Verfolgung von Gewerkschaftern, Demokraten, Kommunisten:

- indem politisch Verfolgten aus der Türkei in der Bundesrepublik das Asyl verweigert wird;
- indem linke Türken oder Kurden an das Regime in Ankara ausgeliefert werden, obwohl klar ist, was sie dort erwartet;
- indem Bonn als verlängerter Arm des faschistischen Regimes in der Türkei faschistische Organisationen wie z.B. die „Grauen Wölfe" gewähren läßt, linke und revolutionäre Organisationen dagegen verfolgt und sogar verbietet, wie im Februar dieses Jahres mit der Organisation Dev-sol und ihren Arbeitervereinen geschehen.

Deshalb fordern wir: Schluß mit der Bonner Unterstützung für die Faschisten in Ankara! Uneingeschränktes Asylrecht! Verbot der „Grauen Wölfe" und anderer faschistischer Organisationen aus der Türkei! Gleichzeitig fordern wir:

Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger!

Die Kollegen aus der Türkei und ihre Familien, die in der Bundesrepublik leben, sind nicht freiwillig hierhergekommen. Sie wurden von Hunger und Elend, durch soziale Unsicherheit und politische Willkürherrschaft aus ihrer Heimat vertrieben. Zustände, für die nicht zuletzt westdeutsche Unternehmen mitverantwortlich sind. Zehn, zwanzig Jahre lang waren sie als billige und völlig rechtlose Arbeitskräfte willkommen. Jetzt, in der Krise, will man sie zum Sündenbock für die Arbeitslosigkeit machen, wird unter der Parole „Türken raus" der Haß auf unsere ausländischen Mitbürger geschürt. Aber nicht die ausländischen Kollegen, sondern die deutschen Kapitalisten rauben tagtäglich unsere Arbeitsplätze. Und dagegen müssen wir uns gemeinsam — deutsche und ausländische Kollegen in einer Kampffront — wehren!

Deshalb: Schluß mit der Ausländerfeindlichkeit! Gleiche Recht für Deutsche und Ausländer!

Aufruf zur Protestdemonstration gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, haben unsere Kräfte vereinigt, um unsere Stimmen gemeinsam zu erheben aus Anlaß des dritten Jahrestages der Machtübernahme der faschistischen Junta.

Wir unterstützen den verschiedenartigen revolutionären und demokratischen Kampf unserer Arbeiterklasse und unserer Völker in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan, der darauf abzielt, die militärisch-faschistische Diktatur zu stürzen und an ihrer Stelle die demokratische Herrschaft des Volkes zu errichten, wir prangern den Betrug der Junta bezüglich der „Rückkehr zur Demokratie" und der „Wahlen" an, und wir verstärken unsere Solidarität mit dem Kampf unserer Völker für ihre eigene Demokratie.

Arbeiter, Werktätige, Revolutionäre, Demokraten aus der Türkei und Kurdistan!

Der Kampf unserer Völker gegen die militärisch-faschistische Dikatatur ist auch euer Kampf. Beteiligt euch an ihm und stärkt ihn!

Alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik!

Im dritten Jahr des blutigen und faschistischen Putsches, protestiert auch ihr mit uns und stärkt uns!

- Schluß mit den Hinrichtungen, der Folter und den Morden der faschistischen Junta!
- Nein zu einer einzigen Gewerkschaft, die unter der Kontrolle der faschistischen Junta steht. Freiheit für die DISK, den TÖB-DER und alle anderen verbotenen politischen, wirtschaftlichen und demokratischen Organisationen des Volkes. Für Tarifrecht und uneingeschränktes Streikrecht.
- Schluß mit der rassistischen, chauvinistischen Politik und den Maßnahmen gegenüber der kurdischen Nation, Schluß mit Zwangsassimilation und Ausrottung, Schluß mit der Politik der zwangsweisen Umsiedlung, die unter dem Decknamen "Sicherheitsgebiete" betrieben wird.
- Freiheit für alle antifaschistischen Gefangenen und Generalamnestie.
- Nein zur NATO, zu den „schnellen Eingreiftruppen" der USA, gegen NATO und US-Militärbasen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, gegen die neuen und erweiterten Abkommen über die Nutzung des Luftraums.
- Schluß mit jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die reaktionäre Militärjunta, allen voran die der Bundesrepublik und der USA.
- Nein zur Ausländerfeindlichkeit, Schluß mit jeglicher Unterdrückung der ausländischen Arbeiter. Den Ausländern müssen gleiche Rechte zuerkannt werden.
- Deutsche, ausländische Arbeiter und Friedensbewegung, Schulter an Schulter und gemeinsam gegen Sozialabbau in der Bundesrepublik, gegen den Versuch, ausländische Arbeiter gegen ihren Willen zurückzuschicken, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Kriegsvorbereitung, gegen die Bemühungen der Junta und der Bundesregierung, Kauf- und Verkaufsverträge bezüglich der Arbeiter aus der Türkei und Türisch-Kurdistan abzuschließen, gegen die Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik.
- Kämpfen für die weltweite Vernichtung von Atomraketen.
- Nieder mit den Angriffen der faschistischen Junta, dieser Marionette des USA-Imperialismus, gegen den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes, gegen die revolutionäre und demokratische Bewegung des Irak und gegen die Völker des Mittleren Ostens, nieder mit diesen Angriffen, die in Übereinstimmung mit der irakischen Führung durchgeführt wurden. Es lebe der nationale und soziale Befreiungskampf der Völker des Mittleren Ostens und der Welt und ihre internationalistische Solidarität.
- Im zehnten Jahr grüßen wir das chilenische Volk, das gegen die faschistische Junta des 11. September kämpft.
- Verbot aller neofaschistischen und faschistischen türkischen Organisationen in der Bundesrepublik.

Dev-Genc in Europa, ATIF, BIRKOM [Devrimci Isci, Serxwebun, Iscinin Sesi, Kivilcim, Emekci, Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Savas], DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, Kawa, KKDK-Federaxyon, KOC-KAK, KOMKAR, Partizan, Proleter Dayanisma, Tekosin taraftarlari.

Organisationen, die außerhalb der Plattform an der Demonstration teilnehmen: DIDF, Denge Komal, Gerdek, KKDK, KHE, Kurtulus, Devrimci Kurtulus.

Gegen die drohende Abschiebung Kemal Altuns:

Protestaktion vor dem Dortmunder Asylamt

„Keine Abschiebung von Kemal Altun!" Mit dieser Forderung zogen am Nachmittag des 15. August etwa 40 Dortmunder Antifaschisten vor das städtische Asylamt in Dorstfeld. Während der anschließenden Kundgebung protestierten sie auch gegen die am vergangenen Wochenende vollzogene Abschiebung von rund 40 Kurden und Türken aus Nordrhein-Westfalen, die bei ihrer Ankunft in Istanbul sofort von der faschistischen Polizei verhaftet wurden. (Siehe S. 1)

Im Anschluß daran wurden auf einem Treffen mehrerer Organisationen weitere Aktionen in Dortmund besprochen, mit denen man hier die Solidarität mit den hungerstreikenden politischen Gefangenen und den politisch Verfolgten in der Türkei zum Ausdruck bringen und Druck ausüben könnte, um die Türkeihilfe und die skandalöse Asylpolitik der Bundesregierung zu stoppen. Dazu gehört die unten angekündigte Demonstration ebenso wie eine Podiumsdiskussion am 24.8., auf der auch ein Mitglied einer Kommission sprechen wird, die gerade in der Türkei war, und aller Voraussicht nach auch ein mehrtätiger Hungerstreik. All diese Aktionen werden von KPD und KJD aktiv mitgetragen.

Demonstration: Dortmund Samstag, 20. August Abmarsch 10.30 Uhr, Begegnungszentrum Nord (Uhlandstraße), Schlußkundgebung ca. 12.30 Uhr Reinoldikirche.



Protest auf dem Frankfurter Flughafen: Etwa 150 Antifaschisten versuchten am vergangenen Freitag die Abschiebung von 40 Türken zu verhindern. Beteiligt war neben anderen auch das „Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter" CEDRI. Durch einen Nebeneingang wurden die Verhafteten am durch die Demonstranten blockierten Flugsteig vorbei in die Maschine gebracht, die mit halbstündiger Verspätung dann doch nach Istanbul abflog.

200 politische Gefangene im Koma

Immer noch Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen

DORTMUND, 15.8. — Nach Auskünften eines Sprechers des Bonner Solidaritätskomitees mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei sind nach dem Abbruch der Hungerstreiksaktion in Istanbul in anderen Gefängnissen des Landes weiter Tausende Gefangene im Hungerstreik. Die Aktion in Bonn, an der sich über 150 Menschen beteiligt hatten, wurde am 12.8. beendet.

Der Vertreter des Bonner Komitees hob nochmals die rücksichtslose Brutalität des von Bonn finanzierten Faschistenregimes hervor. Gegen diesen Terror konnten sich die Antifaschisten in Istanbul nicht durchsetzen. Auch die mangelnde weltweite öffentliche Unterstützung sei ein Grund dafür. In Westdeutschland mußte man beobachten, daß ein großer Teil der Presse lange Zeit kein Wort über den verzweifelten Kampf der Gefangenen verlor, häufig waren es erst massive Protestaktionen in den Orten, die die jeweiligen Zeitungen zur Berichterstattung zwangen. Das gilt durchaus auch für die SPD-nahe Presse, so geschehen zum Beispiel in Dortmund. Und die Bundesregierung offenbarte einmal mehr, daß ihr die Machenschaften der von ihr ausgehaltenen Junta gleichgültig oder wohl besser: durchaus genehm sind.

Einige der Istanbuler Häftlinge befanden sich über drei Wochen im Hungerstreik. 200 von ihnen sollen bei Abbruch der Aktionen im Koma gelegen haben — die Faschisten geben sie dem Tode preis: Sie wurden ohne jegliche medizinische Versorgung in Isolierzellen gesperrt. Bisher drang über ihr Schicksal keine Nachricht nach außen, es muß damit gerechnet werden, daß viele von ihnen sterben.

Etwa 4000 politische Gefangene, so der Sprecher des Bonner Solidaritätskomitees, sind in anderen Gefängnissen im Streik, besonders in Erzurum, wo der Kampf am 4.8. aufgenommen wurde. Über die augenblickliche Situation ist allerdings nichts Näheres bekannt.

Wie in Bonn, so arbeiten auch in anderen Städten die Solidaritätskomitees weiter. Auch Hungerstreiks gibt es noch, und neue sind angekündigt. Bei Fertigstellung dieses Artikels befanden sich insgesamt mehrere hundert Personen im Hungerstreik in Bern, Melbourne, Stockholm, Brüssel, Innsbruck, Athen, Kopenhagen, Hamm (diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit).

Das Schicksal der politischen Gefangenen in der Türkei und die Ausländer- und Außenpolitik der Bundesregierung sollten für westdeutsche Demokraten und Antifaschisten Verpflichtung sein, ihre Solidarität verstärkt unter Beweis zu stellen. Dazu gehört eine tatkräftige Unterstützung der Demonstration am 10.9. in Köln.



Ein Herbst der Gewalt

„Ein Herbst der Gewalt". Schlagzeile des „Bayernkuriers" vom 13.8. Gewalt wie in Ramstein — das Bild zeigt eine Szene des brutalen Einsatzes amerikanischer Soldaten in Ramstein gegen (wahrhaftig „gewaltfreie") Rüstungsgegner — wird es im Herbst sicher wieder geben.

Der Regierungskurs ist klar. Beifall für die Gewalt der Soldaten und der Amtshilfe leistenden deutsche Polizei, die Menschen wie Vieh auf Lastwagen warfen. Die regierungstreue Presse vergaß nicht hervorzuheben, wie sensationswütige westdeutsche Flugtagsbesucher diese Brutalität bejubelten und am liebsten selbst mit zugepackt hätten. Jagdszenen in Germany, noch vor dem „heißen Herbst".

Auch friedliche Blockierer sind Gewalttäter, lautet der Grundsatz der Regierung. Die Antwort gewisser Vertreter der Friedensbewegung beschränkt sich darauf, das heftig abzustreiten. Nie und nimmer werde man Gewalt anwenden, der Gedanke, sich eventuell seiner Haut zu wehren, bringt Menschen mit dem Denkmuster einer Petra Kelly der Ohnmacht nahe. Aber jemand, der seine Zeit vertut mit dem Aufsagen von Gedichten der Güte „Mein Bruder Polizist, mein Bruder Soldat, vergib mir, wenn ich dich nötige ... nimm mich, ich bin ganz friedlich, ich leiste keinen Widerstand, außer, daß ich mich stelle wie leblos" (Kelly im Bundestag), der erntet bei der Gegenseite im wesentlichen Spott. So schlecht ist die Welt. Es wird in dieser Gesellschaft immer genug Soldaten und Polizisten geben, die „nehmen", auch wenn ihnen, wie im zitierten Gedicht, vorgehalten wird, sie würden im Falle eines Atomkrieges einst ebenso leblos daliegen wie heute die Demonstranten.

Die „Gewaltdiskussion", die innerhalb der Friedensbewegung geführt und mit der sie von außen begleitet wird (tägliches Geschäft der Springerpresse, und der „Stern" stopft damit gerade sein „Sommerloch") nimmt teilweise abstruse Formen an, ist aber dennoch nicht zum Lachen, weil es hier um das Selbstverständnis der Bewegung geht und diese Diskussion ganz praktische Auswirkungen hat — die hier geäußerten grundsätzlichen Überlegungen sagen viel aus über das, was diese Bewegung im heutigen Zustand tatsächlich erreichen kann.

Da beraumt man, wie in Loccum, Treffen mit der Polizei an, um gemeinsam zu verabreden, wie man erreichen kann, daß der Herbst gar nicht „heiß" wird. Man will sich mit der Polizei auf Demonstrationsspielregeln einigen. Die Friedensbewegung macht sich dabei selbst für den Gegner und seine Ordnungsmacht kalkulierbar bis ins letzte. Der Gegner aber hat das Ziel, Krieg zu führen, was mancher dieser Vertreter der Friedensbewegung noch nicht einmal glaubt. Krieg um die Weltherrschaft. Er kalkuliert viel mehr Gewalt ein als die gegen Demonstrationen im Herbst '83.

Eine berechenbare Bewegung, der das Ziel der Gewaltfreiheit letztlich mehr bedeutet als der wirkliche Erfolg, verhindert keinen Krieg. Zudem ist sie äußerst verwundbar: Durch die kleinste Polizeiprovokation kann bei jeder Aktion ihr ganzes Konzept durchbrochen werden. Mit hysterischen Reaktionen ist in jedem solchen Fall zu rechnen. Dabei haben die Kreise, die sich doch selbst so wehrlos machen gegen dieses beliebte Mittel der Polizeitaktik, schon heute den Kopf so gründlich verloren, daß sie in jedem militanten Aufbegehren Jugendlicher, die sich auch von Friedensbewegungs-Autoritäten nicht zum „Bravsein" überreden lassen wollen, bereits das Werk von Provokateuren sehen und sich jetzt mit der Polizeiführung auch über die gemeinsame Abwehr dieses angeblich gemeinsamen Gegners unterhalten wollen.

Ob sich die Wortführer solcher Politik wundern werden, wenn sie endgültig merken, daß ihnen ihr Entgegenkommen nicht gelohnt wird? Es ist nicht zu übersehen: Die Reaktion hat vor, auch dieser Bewegung ein Ende zu setzen, deren Schwächen sie heute ausnutzt. Denn auch diese weitgehend pazifistische Bewegung stört sie, vor allem deshalb, weil sie Hunderttausende dazu bringt, sich um den Frieden zu sorgen und zu engagieren in einer Zeit, wo man der Bevölkerung einreden will, es könne ihr gar nicht viel passieren, wenn „der Westen" nur stark ist und immer weiter rüstet.

Das stört. Es setzt Kräfte des Friedens in Bewegung, aber sie können nicht siegen, wenn sie sich an die vorgeschriebenen Bahnen halten und Gewaltfreiheit als oberstes Dogma und unverzichtbaren Wert an sich ansehen.

Empören muß es, wenn sogenannte Experten der Friedensbewegung dem ganzen eine historische Legitimation unterschieben wollen, die mit der Wahrheit nichts zu tun hat — sei es der Gandhi-Mythos oder Ausführungen wie die von Gerd Greune, dem Bundesvorsitzenden der DFG-VK: „Zahllose Beispiele in diesem Jahrhundert haben Zeugnis gegeben von der Macht gewaltfreier Proteste: Bürgerrechtsbewegungen in aller Welt, die Überwindung von Diktaturen und die Beendigung von Völkermord sind auch immer Ergebnis vom Druck einer öffentlichen Meinung gewesen, die auch nicht durch Napalm, Gas und Gewehrkugeln besiegt werden konnte. Die Arbeiterbewegung hat mit ihren Aktionsformen Beispiel gegeben für diese neue demokratische Form der Gewaltenteilung, die sich eben nicht länger gegen den Menschen richtet ..." (DVZ, 11.8.83) Da sind die Grenzen der Ernsthaftigkeit schon überschritten, da biegt man sich die Geschichte für seinen Glaubensgrundsatz ebenso zurecht, wie das die Reaktionäre für ihre Ziele tun, und in Anbetracht der Kämpfe derer, die unter Napalm zu leiden hatten offenbart sich hier ein unerträglicher Zynismus. Das Volk von Vietnam zum Beispiel — daran denkt man bei „Napalm" doch als erstes — hat sich nicht durch Sitzstreiks und Gebete befreit. Und auch die weltweite Solidaritätsbewegung hat die Grenzen des staatlich Erlaubten überschritten.

Gerd Greune spricht auch die Arbeiterbewegung an, und das muß man in der Tat, denn ohne sie ist jeder Friedenskampf sowieso zum Scheitern verurteilt. Aber gerade die Arbeiterbewegung hat mit „neuen demokratischen Formen der Gewaltenteilung" noch nie etwas erreicht. Blutopfer hat sie genug gebracht, auch in Deutschland, und die wären nur dann geringer zu halten gewesen, wenn sich die Arbeiterbewegung einig und im konsequenten revolutionären Kampf gegen die Kapitalisten, die auch die Schuldigen am Kriege sich, und ihre bewaffneten Organisationen gewandt hätte. Nicht mangelnde Friedfertigkeit hat die deutsche Arbeiterklasse etwa nach dem ersten Weltkrieg um die Früchte ihres Kampfes für Frieden und Arbeitermacht gebracht, sondern die innere Zerrissenheit, mangelnde Zielklarheit und Organisiertheit der Arbeiterbewegung, eben auch mangelnde organisierte und zielgerichtete Gewalt gegen den Klassenfeind. Wieviel Krieg und Elend wäre der Menschheit sonst erspart geblieben.

Friedenskampf ist Klassenkampf. Diese Auffassung hat unsere Partei immer hervorgehoben, sie ergibt sich aus dem Wissen, daß die Ursachen für die Kriege nicht in der Zahl der Waffen oder in allgemeiner menschlicher Unzulänglichkeit zu suchen sind, sondern im Profitstreben der Herrschenden, unserer Ausbeuter.

Die Arbeiterklasse muß in den Friedenskampf eingreifen und ihn führen. Dafür setzen wir uns ein. Jeder Schritt dahin ist ein Schritt nach vorn. Dabei müssen sich die Arbeiter das Recht auf Streik nehmen, nicht nur auf einen Warnstreik, auf den Generalstreik; nicht eine einzige der „Spielregeln" des bürgerlichen Staates darf für sie tabu sein. Wird doch die Verhinderung des konkret drohenden Krieges — und dazu gehört mehr als der Widerstand gegen neue Raketen, dazu gehört z.B. die Lösung Westdeutschlands aus der NATO (was schon wieder über das hinausgeht, was einflußreiche Vertreter der Friedensbewegung wollen) — auch den Sturz der gegenwärtigen Bonner Regierung erfordern. Das wird die als sehr gewalttätig auffassen, und sie wird sich wehren.

Vor allem stellt sich die Gewaltfrage so, wenn es darum geht, eine Gesellschaft aufzubauen, die wirklich friedlich ist, frei von Gewalt und Kriegen. Das wird ja auch in der Friedensbewegung diskutiert, und weitverbreitet ist die Meinung, nur eigene Gewaltfreiheit bei allen Aktionen kann da das Beispiel geben und schließlich irgendwie die ganze Menschheit mitreißen, auch die Regierenden, ihre Hintermänner und ihre bewaffneten Büttel überzeugen, entwaffnen. Das ist es doch, worauf Leute wie Kelly abzielen.

Eine tödliche Illusion. Eine Gesellschaft ohne Kriege ist eine Gesellschaft ohne Kapitalisten. Die muß man entmachten, und das geht nicht friedlich. Und wenn schon von Wertvorstellungen die Rede ist, die sich diejenigen zum Grundsatz nehmen müßten, die für den Frieden kämpfen — wir halten es da mit Lenin, der 1916, also während des Krieges, sehr drastisch feststellte: „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden. Wir können doch nicht ... vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß es daraus keinen anderen Ausweg gibt und auch nicht geben kann als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse."

Das ist die grundsätzliche Haltung der Kommunisten. Natürlich nützt es wenig, das so den Arbeitern um die Ohren zu hauen, aber es muß seinen Ausdruck finden in unserer Taktik und unserem politischen Handeln.

Auf jeden Fall sind wir weit davon entfernt, uns von Militanz zu distanzieren. Damit wollen wir nicht unsinnigen Einzelkämpfen mit der Polizei das Wort reden. Wir werden nach Kräften die Herbstaktionen der Friedensbewegung unterstützen. Dazu zählen allerdings nicht allein die „Volksversammlungen", sondern auch Demonstrationen und Aktionen wie in Bremerhaven. Es bleibt das Ziel, im Kampf gegen die Raketenstationierung und, wie immer er ausgeht, in der Zeit danach, die Kriegspläne der Herrschenden tatsächlich undurchführbar zu machen, die Vollendung ihrer Vorbereitungen zu verhindern.

Interview mit einem palästinensischen Genossen aus Hamburg

„Wir wissen, daß diese Staaten die Initiatoren der Rebellion sind ..."

Die militärischen Auseinandersetzungen in der Bekaa-Ebene im Libanon dauern jetzt schon seit Ende Juni an. Wie bewertest Du diese Kämpfe innerhalb der Fatah?

Die Fatah ist die stärkste Befreiungsorganisation. Sie repräsentiert innerhalb der PLO 80 Prozent der Kräfte. Eine Spaltung der Fatah wäre gleichbedeutend mit einer Spaltung der PLO und damit der Niederlage des palästinensischen Befreiungskampfes. Die Fatah hat als erste unserer Befreiungsorganisationen zum bewaffneten Kampf gegen den Zionismus aufgerufen und ihn geführt, nachdem uns Ende der 60er Jahr klar war, daß unsere Rechte nicht von den arabischen Regierungen durchgesetzt werden, sondern daß wir unseren Kampf selbst führen müssen — mit Unterstützung der arabischen Staaten.

Aufgrund dieser richtigen Politik hat die Fatah das Vertrauen des palästinensischen Volkes und nimmt innerhalb der PLO eine starke Position ein.

Genauso wie die Fatah demokratisch aufgebaut ist, ist es auch die PLO. Sie setzt sich zusammen aus den Befreiungsorganisationen, Verbänden und Zusammenschlüssen unseres Volkes und bildet auf diese Weise eine Regierung, die das gesamte politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben des palästinensischen Volkes organisiert.

Das Ziel der Rebellion jetzt ist es, die Fatah und damit die PLO zu spalten. Es geht nicht um einige organisatorische Veränderungen, sondern um Weiterführung oder Niederlage der palästinensischen Revolution.

Welches sind denn die Forderungen der Rebellen?

Sie fordern personelle und organsatorische Reformen in bezug auf die Führung der Fatah.

Sie wollen z. B. den Vertreter Arafats stellen und im Revolutionsrat gleichstark vertreten sein, obwohl sie zahlenmäßig eine sehr kleine Minderheit sind. Es ist in der Fatah schon länger bekannt, daß es eine oppositionelle Haltung gibt, aber ich meine, daß sich diese Sachen demokratisch regeln lassen. Es muß deswegen nicht zu blutigen Auseinandersetzungen kommen.

Eine weitere Forderung der Meuterer ist, daß sie jede Verhandlung oder Zusammenarbeit mit jüdischen Personen oder Organisationen ablehnen. Demgegenüber vertritt die Mehrheit in der Fatah die Meinung, daß es keine Verhandlungen mit Zionisten geben darf, daß wir aber mit Juden oder jüdischen Organisationen durchaus zusammenarbeiten oder verhandeln, wenn diese unsere gerechten Forderungen unterstützen. Es gibt viele Israelis innerhalb der Friedensbewegung, die über die Forderung nach Frieden hinaus auch den Kampf der Palästinenser unterstützen und z. B. für einen palästinensischen Staat eintreten. Gegenseitige Gespräche sind sehr nützlich, weil sie dem Zionismus schaden.

In allen diesen umstrittenen Punkten hat Jassir Arafat nie eigenmächtig gehandelt, sondern immer in Abstimmung mit dem Revolutionsrat und auf der Grundlage seiner Beschlüsse. Das wissen die Rebellen Abu Saleh und Abu Mussa, die ja Mitglieder des Revolutionsrates der Fatah sind, ganz genau. Sie haben einfach die erstbeste Gelegenheit genutzt, um sich einen Vorwand für ihre Meuterei zu suchen.

Es ist bekannt, daß Syrien, Libyen und der Iran die Rebellen unterstützen. Welche Verbindungen gibt es zwischen ihnen?

Wir wissen mittlerweile, daß diese drei arabischen Staaten unmittelbar die Initiatoren dieser Rebellion sind. Abu Mussa, Abu Saleh und Ahmed Gabriel sind nichts anderes als ihre bezahlten Söldner. Vor Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen erhielten sie von den genannten Staaten folgende Unterstützung: Libyen — 6 Millionen Dollar, Iran — 4 Millionen Dollar, Syrien — Material, Waffen und Geld in nicht bekannter Höhe. Jeder Palästinenser, der zu ihnen überläuft, erhält ein Monatsgehalt von ca. 3000 DM. Trotzdem haben sie nicht mehr als ca. 200 Männer gefunden, die für sie kämpfen. Insbesondere mit Hilfe der syrischen Truppen und libyschen Panzer sind sie zu diesem militärischen Aufstand in der Lage. Es sind syrische Truppen, die in der Bekaa-Ebene gegen uns kämpfen. Syrien verlangt von der PLO, daß sie dementieren soll, daß syrische Truppen in den Auseinandersetzungen teilgenommen haben. Nach Angaben der syrischen Regierung haben einige syrische Offiziere eigenmächtig gehandelt, indem sie reguläre Truppen der Fatah angegriffen haben.

Sie haben den Versuch der Spaltung jetzt unternommen, weil sie meinen, eine besonders günstige Situation getroffen zu haben — leider stimmt das auch.

Du meinst, daß aufgrund der militärischen Niederlage im Libanon die PLO geschwächt ist, so daß ihre Gegner meinen, sie entscheidend treffen zu können?

Ja, wir sind auf eine gewisse Unterstützung der arabischen Staaten angewiesen. Insbesondere sind für uns Jordanien und Syrien wichtig, weil sie eine Grenze zu Israel haben, die es uns ermöglicht, den Kampf bewaffnet zu führen. Außerdem leben dort sehr viele Menschen unseres Volkes; allein in Syrien leben ungefähr 800000 Palästinenser. Jahrelang haben es unsere Kämpfe geschafft, entlang einer nur ca. 40 km langen Grenze zwischen Israel und dem Libanon, die israelische Armee in Atem zu halten und ihr Schläge zu versetzen. Wenn uns der Libanon und Syrien als Basis genommen werden, bedeutet das einen schweren Schlag für den Befreiungskampf.

Ist es richtig, daß Syrien sich Vorteile von einer Schwächung oder gar Zerschlagung der PLO verspricht, weil es eigene Gebietsansprüche auf den Libanon hat?

Ja, Syrien würde sich gern Teile des Libanon einverleiben, und bei diesen Plänen ist der selbständige Kampf des palästinensischen Volkes ein Hindernis. Der Begin-Plan zur Lösung des Libanon-Konfliktes enthält z. B. ein konkretes Angebot an Syrien: Vorgesehen ist eine Dreiteilung. Der Süden soll zu Israel geschlagen werden, der Norden zu Syrien und der Mittelteil bleibt dem Libanon und den USA. Damit hätten sich dann sowohl Syrien, die USA als auch Israel auf Kosten des libanesischen und des palästinensischen Volkes bereichert. Der syrische Staatspräsident Assad ist diesem Plan durchaus nicht abgeneigt, kann sich aber derzeit nicht die Blöße geben, daß er ihm offen zustimmt. Syrien hat — wie auch andere arabische Staaten — immer eine schwankende Haltung gegenüber den Palästinensern eingenommen. Wenn es den eigenen Plänen nützte, wurden wir unterstützt, wenn nicht, fielen sie uns in den Rücken.

Es gibt aus der Vergangenheit ja mehrere Beispiele von Kämpfen zwischen Palästinensern und arabischen Armeen. Siehst du eine Verbindung zu den jetzigen Auseinandersetzungen?

Ja, der Kampf des palästinensischen Volkes ist ein revolutionärer Kampf gegen die zionistische Aggression. Er wird militärisch und politisch geführt mit Hilfe der demokratisch gewählten Vertretung aller Palästinenser, der PLO. Viele arabische Regierungen fürchten diesen Kampf, weil sie wissen, daß er nicht ohne Einfluß auf ihre Länder und ihr Volk bleibt. Diese Länder sind nicht sozialistisch. Die Regierungen verfolgen jeweils eigene Interessen und nicht die Interessen ihrer Völker, sonst würden sie bedingungslos den Kampf gegen die zionistische Aggression unterstützen.

Die Fatah hat stets betont, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten einmischen will, aber aus Furcht vor einem Umsturz hat die jordanische Regierung im September 1970, dem sogenannten schwarzen September, ein Blutbad unter den Palästinensern und der eigenen Zivilbevölkerung angerichtet und die PLO an den Rand einer Niederlage gebracht.

1976 hat die syrische Regierung in den Bürgerkrieg im Libanon eingegriffen und war mit ihren Truppen an einem der größten Massaker, der Vernichtung des Flüchtlingslagers Tel al Zataar beteiligt, wo 6000 Menschen den Tod fanden. Insgesamt waren es in den Auseinandersetzungen 1976 ca. 20000 Menschen, die den Tod fanden (allein auf Seiten der Palästinenser). Syrien hat auf der Seite der konservativen Kräfte in den Bürgerkrieg eingegriffen und so einen Sieg der fortschrittlichen „Nationalen Libanesischen Front", die von den Palästinensern unterstützt wurde, verhindert. Israel hat übrigens ebenfalls diese konservativen libanesischen Kräfte unterstützt.

Unsere Geschichte zeigt also, daß wir nur auf unseren selbständigen Kampf vertrauen können, auch wenn wir die Unterstützung der arabischen Staaten brauchen.

Wie verhält sich die Führung der Fatah jetzt, wie soll der Konflikt gelöst werden?

Arafat hat gleich zu Beginn der Kämpfe unsere Kämpfer angewiesen, nicht auf die Meuterer zu schießen, damit nicht Palästinenser sich gegenseitig umbringen. Wir wollen diesen Konflikt innerhalb der Fatah durch Gespräche und demokratische Entscheidungen lösen, nicht durch Kampf. Auch mit der syrischen Regierung werden wir immer weiter verhandeln, damit es zu einem Ende der Kämpfe kommt.

Wie können wir in Westdeutschland euch in der jetzigen Auseinandersetzung aber auch weiterhin in eurem Kampf gegen den Zionismus unterstützen?

Sehr positiv ist, daß die KPD das Telegramm an die Arabische Liga und die syrische Regierung unterstützt hat, in dem gefordert wird, die Ausweisung Arafats und anderer PLO-Mitglieder aus Syrien zurückzunehmen. (Text des Telegramms ist nebenstehend abgedruckt, d. Red.)

Auch die Unterstützung der Spendensammlung für eine Augenklinik in einem palästinensischen Lager in Syrien ist für uns wichtig, da wir aufgrund des Krieges sehr viele medizinische Einrichtungen für die Kämpfer und die Zivilbevölkerung brauchen.

Weiter bitten wir alle fortschrittlichen Kräfte, **den Boykott israelischer Waren zu propagieren**, weil das die zionistische Wirtschaft und damit auch die Möglichkeit der Kriegsführung schwächt. Genauso müssen die Bundesregierung und andere westdeutsche Verbände, auch die Gewerkschaften, aufgefordert werden, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel einzustellen.

Ihr solltet den jungen Menschen erzählen, daß sie nicht nach Israel reisen sollen, da uns das direkt schadet. Die vielen Menschen, die in den Kibbuzim arbeiten, nützen der israelischen Wirtschaft, sie setzen durch ihre Arbeitskraft israelische Arbeitskräfte frei, die dann gegen uns in der Armee eingesetzt werden.



Im Kampf gegen diesen Terror der israelischen Besatzertruppen sah sich die PLO auch in der Vergangenheit schon immer wieder dem Störfeuer reaktionärer arabischer Regierungen gegenüber

Text für gleichlautendes Telegramm an Arabische Liga, Tunis, Hafez Alasad, Damaskus

Arabische Liga, Tunis
Hafez Alasad, Damaskus **31.6.83**

Ein Jahr nach der israelischen Invasion gegen die palästinensischen Revolutionskräfte im Libanon, deren Ziel die politische und militärische Zerschlagung der PLO war, hat diese Invasion ihr Ziel nicht erreicht — dank der Standhaftigkeit des palästinensischen und des libanesischen Volkes unter der Führung Jassir Arafats. Deshalb verurteilen wir die Ausweisung Jassir Arafats aus Syrien, denn diese Ausweisung dient einzig und allein den Interessen Israels und denen der USA, die immer noch die Vernichtung der PLO planen. Wir verlangen die sofortige Rücknahme der Ausweisung Arafats und den Stop der Versuche, die PLO einzuverleiben. Um die amerikanisch-israelischen Pläne zu vereiteln, muß die syrische Regierung mit der legitimen Führung des palästinensischen Volkes zusammenarbeiten, anstatt sie des Landes zu verweisen.

Kommunistische Partei Deutschlands
-Landesbezirk Hamburg —
i. A. Thomas Reuschenbach

Spendensammlung: Augenklinik für die Opfer der israelischen Aggression gegen das palästinensische Volk

Der israelische Krieg gegen den Libanon von Juni bis September 1982 hat ein grausames Erbe von Schwerverletzten und Mehrfachbehinderten hinterlassen. Jetzt werden auch die gesundheitlichen Spätfolgen des Krieges sichtbar. Die von Israel verwendeten international geächteten Waffen haben selbst die Leibesfrucht geschädigt. Infolge von Gasbomben, deren Toxine von Schwangeren eingeatmet wurden, werden vermehrt Kinder mit schweren Miß- und Fehlbildungen geboren. Um euch einen Eindruck vom israelischen Kriegsverbrechen im Libanon zu vermitteln, fügen wir diesem Aufruf einen Auszug über die verwendeten Waffen gegen die Zivilbevölkerung bei.

Um die schweren gesundheitlichen Kriegsschäden zu lindern, hat der „Palästinensische Rote Halbmond" (Mitglied des Internationalen Roten Kreuzes) damit begonnen, ein Netz zur medizinischen Versorgung der Opfer aufzubauen. Als nächstes soll in Damaskus eine Augenklinik entstehen. Mehrere internationale Kräfte teilen die Verantwortung für den Aufbau der Augenklinik unter sich. Als Anteil der Solidaritätsbewegung in der BRD sollen die folgenden Geräte angeschafft werden:
Ausrüstung für eine Augenklinik: 1 Biomycroscope (Slite lamp), 1 Ophthalmometre (Javal), 1 Ophthalmoscope, 1 Lens metre, 1 Diafanoscope, 1 Trial Set (Lenses), 2 Surgical instruments for eye, 1 Projector for examination of refraction, 1 peremetre, 1 Retinoscope, 1 Skiascope, 1 Surgical Microscope, 2 Sets of special needles for (Punctum Lacrimale), 1 Großmagnet zur Entfernung metallischer Fremdkörper aus den Augen. Gesamtpreis: rund 150000 DM.

Wir rufen Euch zu Sach- oder Geldspenden zur Einrichtung der Augenklinik mit medizinischen Geräten auf.
Solidarität hilft siegen!

Spendenkonto: Hamburger Sparkasse BLZ 20050550, Kto.-Nr. 1309/120275

Französische Bomber in den Tschad?

Frankreich steuert Kriegskurs!

KPF an Mitterands Kolonialpolitik beteiligt/NATO mischt mit

Fortsetzung von Seite 1

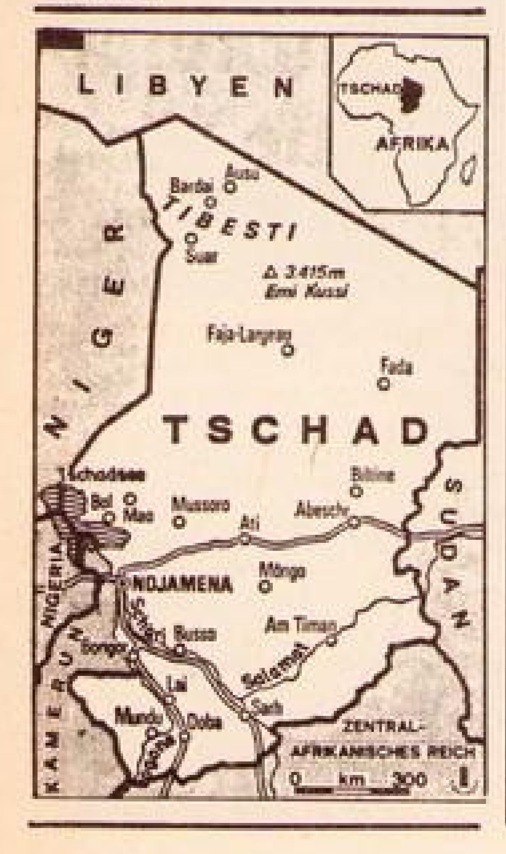
„Schlächter des Südens“, Nimeri, im Sudan oder der Sadat-Nachfolger Mubarak, der Ägypten zur Militärbasis der USA macht.

4. Es handelt sich bei der ganzen US-französischen Intervention um ein klassisches kolonialistisches Vorgehen, das, einmal mehr, die NATO mitträgt.

Es geht darum, den Tschad, der aufgrund seiner Lage sowohl für den gesamten nordafrikanischen Raum strategisch wichtig ist, als auch reich an Rohstoffen, in den Händen zu behalten. Es geht auch darum, eine neue Welle des antiimperialistischen Kampfes, die sich in den letzten zwei, drei Jahren in dieser Region andeutete, von vornherein zu blockieren. **Amerikanisches Kriegsmaterial, (das, und das sollte man gerade hierzulande unterstreichen, einmal mehr über Frankfurt angeliefert wurde, womit die BRD eine stets, in US-Raubzüge verwickelt ist), französische Waffen und Soldaten, (die in allen afrikanischen Stützpunkten mobil gemacht wurden), und die NATO-Flotte, das alles spielt dabei zusammen.** Deshalb können alle antiimperialistisch und demokratisch gesinnten Menschen, können alle, die für die Verteidigung des Friedens eintreten, sich auf keine Debatte über Ghaddafi einlassen, sondern müssen in erster Linie Widerstand gegen diesen neuerlichen Waffengang leisten.

Denn man darf in diesem Augenblick die blutige Parallele zu der britischen Aggression gegen Argentinien letztes Jahr nicht vergessen. Wurde damals sozusagen der Gedanke wieder „populär“ gemacht, daß eine europäische Macht am Ende des 20. Jahrhunderts eben sehr wohl Krieg führen kann, so wird jetzt der zweite Schritt vollzogen, einen solchen Krieg zum „alljährlichen Ereignis“ zu machen — wenn es nicht verhindert wird.

All die Debatten, die jetzt angezettelt werden, um dieses kolonialistische Vorgehen zu beschönigen, sind ebenso überflüssig wie irreführend. Wenn jetzt Mitterand hergeht und hinausposaunt, er werde sozusagen von Washington bedrängt, und dann stets darauf hinweist, daß er immer einen Schritt hinter Reagans Forderungen zurückbleibe, dann ist dies — zumindest von außen — leicht als Ablenkungsmanöver zu durchschauen.



Wenn aber gleichzeitig, zum Teil von Linken eine Diskussion über eine sogenannte „sozialistische Afrika-Politik“ der französischen Regierung inszeniert wird, so heißt dies, daß man da der Pariser Regierung bereits auf den Leim gegangen ist. Denn eine wirklich sozialistische Afrika-Politik hätte ja, unter anderem, vor allem eine Voraussetzung: Daß sie nicht mit französischen Soldaten und Bombern, nicht mit NATO-Waffen gemacht würde...

Wenn es zur Entsendung französischer Bomber kommt, dann ist das der Schritt von der verdeckten zur offenen Aggression.

5. Eine besonders traurige Rolle spielt in dieser ganzen Auseinandersetzung der „kleine Regierungspartner“ in Paris, die KPF des Georges Marchais.

Lavieren, taktieren, vertrösten — alles ist im Repertoire dieser angeblich kommunistischen Partei enthalten. Dies und mehr, denn es wurde ja nichts von Gegenstimmen im Kabinett bekannt. Nur hat diese Partei nicht „drauf“: Irgendeine Form von Widerstand gegen diese kolonialen Kriegspläne. Damit beweist diese Partei einmal mehr, daß sie schon längst da angelangt ist, wo die sozialdemokratischen Parteien schon zu Beginn des Jahrhunderts mehr und mehr zu finden waren: auf der Seite der eigenen Kapitalisten gegen die Völker in abhängigen Ländern.

Machterhaltung auf Kosten von Blut, das im Tschad fließen muß für die Tricolore, was offensichtlich zum Teil als Ausrede benutzt wird, ist eben nur dies: eine Ausrede. Man sollte hier wahrlich nicht vergessen, daß diese Partei, die sich kommunistisch nennt, schon im französischen Kolonialkrieg gegen Algerien eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Daß sie für französische Atomraketen stark gemacht hat und macht — daß dies also alles ist, nur kein „Ausrutscher“, sondern Fortsetzung einer Politik, die allen Beteuerungen zum Trotz, in den Grundfragen stets im Dienste des französischen Großkapitals gestanden hat — und offensichtlich weiter und immer deutlicher steht.

6. Schließlich, wie im letzten Jahr beim Malvinen-Krieg, wie im Falle Nicaraguas und der US-Aggression, die ja bereits begonnen hat, kommt es auch hier darauf an zu sehen, daß dies eigentlich Vorgänge sind, die die europäische Friedensbewegung, die bundesdeutsche Friedensbewegung nachhaltig beschäftigen müßten.

Schon im letzten Jahr betonte unsere Partei — und sie stand damit keineswegs allein — daß so Kriege gemacht werden, daß so auch ein Weltkrieg anfangen könnte. Zumal hier einmal mehr auch die Frage der NATO und der EG steht, die für die französische Aggression den Hintergrund bilden. Der Malvinen-Krieg rief nicht den Widerstand hervor, der nötig, und eigentlich auch möglich gewesen wäre. Heute zeigen sich dazu in beiden aktuellen Fällen, Nicaragua und Tschad leider Parallelen. Die KPD jedenfalls wird nach ihren Kräften dafür eintreten, dies zu ändern.



4. nationaler Protesttag in Chile

Pinochet untermauert seinen Ruf: Massenmörder

Über ganz Chile verteilt waren die Protestaktionen des 4. nationalen Protesttages gegen Pinochets Diktatur. Allein in der Hauptstadt wurden 18000 Soldaten gegen die Demonstranten, gegen die Armenviertel der Stadt eingesetzt. Bei jeden neuen Nachrichten war die Zahl der Todesopfer, der durch Schüsse Verwundeten und der Verhafteten noch größer geworden.

Es wurde an diesem Tag offensichtlich, daß Pinochets plumpes Manöver mit einer Zivilregierung durchschaut worden war. Er schwang die Peitsche, so hart wie seit langem nicht mehr. Der Massenaufmarsch der Soldateska sollte einschüchtern, der Protest im Blut erstickt werden. Blut floß — aber der Protest geht weiter. Immer isolierter ist der Massenmörder, der sich von Amerikas Gnaden Präsident nennen darf.

Zehn Jahre nach seinem vom CIA inszenierten Putsch gegen die Volksfrontregierung Allendes ist seine Blutige Herrschaft so wackelig wie nie zuvor. Und dies trotz der Tatsache, daß innerhalb der Widerstandsbewegung starke bürgerliche Kräfte wirken, die einen Ausschluß der Linken vom Kampf gegen Pinochet fordern.

Der Tod von Demonstranten und Kindern hat nicht das gebracht, was Pinochet sich erhofft haben mag — seine internationale Isolierung wuchs weiter, die Opposition im Lande kämpft weiter. Zu den wenigen, die sich bisher nicht mit einem Wort zum chilenischen Massenmord geäußert haben, gehört neben der US-Regierung auch die Bundesregierung. Wenig erstaunlich, wenn man sich daran erinnert, daß die CDU/CSU stets eine der Parteien war, die am fanatischsten den chilenischen Diktator bejubelte, daß die BRD, auch unter der SPD-geführten Regierung, stets einer der „besten Partner“ Pinochets war.

Daß jetzt selbst die chilenische Christdemokratische Partei zum Protest aufruft, die einst massivster Fürsprecher unter den politischen Parteien für ein „Aufräumen“ gegen Allende war, zeigt, daß auch im Lager der Herrschenden die Widersprüche über den weiteren Weg scharf sind.

Polen, im August 1983

Drei Jahre danach

Erneute Proteste in verschiedenen Städten

Drei Jahre ist es her, da die polnische Regierung dazu gezwungen war, mit der Gewerkschaft Solidarność das Danziger Abkommen zu schließen. Zahlreiche grundlegende Arbeiterrechte wurden dort zugestanden. Allerdings, wie sich in der folgenden Entwicklung zeigte, nur mit der Absicht, bei erstmöglicher Gelegenheit dem Ganzen ein Ende zu bereiten. Trotzdem bleiben jene Tage im August unvergessen und lassen den herrschenden neuen Kapitalisten keine Ruhe.

Denn man darf eines bei der Würdigung der damaligen Ereignisse nicht vergessen: Damals wurde auch schlagartig öffentlich deutlich, wie denn die herrschende Klasse Polens lebt, während der Arbeiter Not leidet. In Saus und Braus leben sie, von den Früchten der Arbeit der Werktätigen, der Arbeiterklasse. Es wurde damals für jeden Linken, der offenen Auges an die Sache heranging, klar, daß es sich nicht nur um solche einfachen Sachen wie bürokratische Erscheinungen usw. handelt.

Sondern daß sich hier ein Kreis von Familien, durchaus sippenmäßig abgesichert, etabliert hat, der nicht nur die Macht im Staate hat, sondern auch den Reichtum der gesellschaftlichen Produktion einsackt, über ihn nach Gutdünken verfügt, auch zum privaten Gebrauch. Eine neue Ausbeuterklasse, die sich gerade in Polen mit alten Ausbeutern, kleinkapitalistischen Elementen und der Kirchenhierarchie verbunden hatte. Und es wurde deutlich, daß sich die Arbeiter dagegen vor allem wehren können, wenn sie jenes Recht in Anspruch nehmen, daß sie sich von jeher erkämpften, egal, was ihre Ausbeuter auch immer für Phrasen droschen: Die gewerkschaftliche Organisierung.

Die herrschende Klasse in Polen und mit ihr die modernen Revisionisten in aller Welt antworten mit Demagogie. Natürlich dürfen sich die Arbeiter organisieren. Aber nur, wenn es uns, den Herrschenden in den Kram paßt, wenn sie keine anderen Ansichten haben.

Und es ist bestimmt nicht nur auf die Interessen westlicher Imperialisten zurückzuführen, sondern auf den Willen der polnischen Arbeiter, daß bis heute keine völlige Ruhe in Polen einkehrte. Ihnen wurden damals politische Freiheiten und soziale Verbesserungen versprochen. Beides war eine Lüge, stattdessen gab es Kriegsrecht und heute Notstandsgesetze. Und da diese Gewerkschaft nun wahrlich die Millionenmassen der polnischen Arbeiterschaft umfaßte, wird dies auch nicht so schnell vergessen werden.

Sicher: Die Herrschenden in Warschau und Moskau, mit ihnen alle Revisionisten und jene, die ihnen auf den Leim gehen, werden auch künftig jeden Kampf der polnischen Arbeiter diffamieren, Westagenten als Urheber darstellen, wo es die objektive Lage war, die den Kampf erzeugte. Aber das wird die polnische Arbeiterklasse auf Dauer nicht davon abhalten, für ihre Interessen gegen ihre Ausbeuter zu kämpfen. Und nur dann bekommt auch der Sozialismus in Polen wieder eine Chance.

Friedenskampf in Kanada.



Im Juli fanden in einer ganze Reihe von Städten Kanadas Demonstrationen gegen die Cruise Missiles, die Kriegsvorbereitungen der NATO und die Beteiligung der kanadischen Bourgoisie daran statt. In Toronto (Bild oben) gingen zum Beispiel am 23. Juli 5000 Menschen auf die Straße. An diesen Aktionen beteiligten sich auch aktiv die Genossen der Kommunistischen Partei Kanadas (M-L). Sie entlarvten dabei die Kriegsvorbereitungen beider imperialistischer Militärblöcke, der NATO und des Warschauer Paktes. Im Kampf gegen die Cruise Missiles tritt die KPK (ML) auch dafür ein, daß sich weitergehende grundsätzliche Forderungen in der Friedensbewegung durchsetzen: „Kanada raus aus der NATO!“, „Amerikanische Truppen raus aus Kanada“, „Aktive Neutralität Kanadas“ sind Losungen der Partei. Als Ende Juni Bundesverteidigungsminister Wörner zu einem Besuch westdeutscher Truppen, die entsprechend dem NATO-Abkommen von Camp Shilo dort ausgebildet werden, nach Manitoba kam, organisierte die KPK (Ml) Demonstrationen und Kundgebungen, auf denen die Teilnehmer die Beendigung von Waffentests der NATO in Kanada und den Abzug aller fremden Truppen forderten.

Nach dem Putsch jetzt auch Guatemala voll in Kriegsplanung einbezogen

Tag für Tag kommt der Krieg näher...

Antiimperialistische Demonstrationen in Frankfurt und Westberlin

Der Putsch in Guatemala wird auch von der westlichen Presse ganz offen als US-gesteuert bezeichnet. Einziger Unterscheidungspunkt des alten und des neuen Lakai der USA: Der Neue ist dazu bereit, seine Truppen und die von El Salvador zusammenzutun, um eine neue Front gegen Nicaragua zu schaffen. Derweil unterstrich Ronald Reagan bei seinem Besuch in Mexiko, daß er seine aggressive Politik trotz aller Kritik auch solcher Regierungen, die durchaus engstens mit den USA verbunden sind, fortzusetzen.

Während der US-Aufmarsch in Honduras kontinuierlich weitergeht, die Aufrüstung aller reaktionären Regierungen des ganzen Raumes verstärkt fortgesetzt wird und die Überfallaktionen der US-bezahlten Somoza-Banden ständig neue Opfer fordern, tut Reagan alles, um seine Hände vor den Augen der Völker Lateinamerikas, die die Yankee-Politik bestens kennen, reinzuwaschen.

Die scharfe Kritik an Reagans Politik, die selbst ein solcher Mann wie der mexikanische Präsident — aus welchen Gründen auch immer — äußerte, zeigt jedoch, daß er damit nicht viel Erfolg hat. Dort jedenfalls.

Aber auch in der Bundesrepublik kam es am vergangenen Wochenende zu zwei Demonstrationen gegen den USA-Imperialismus und seine aggressive Kriegspolitik in Mittelamerika. Dabei demonstrierten insgesamt 6000 bis 7000 Menschen für die Freiheit und Unabhängigkeit Nicaraguas, für den Frieden.

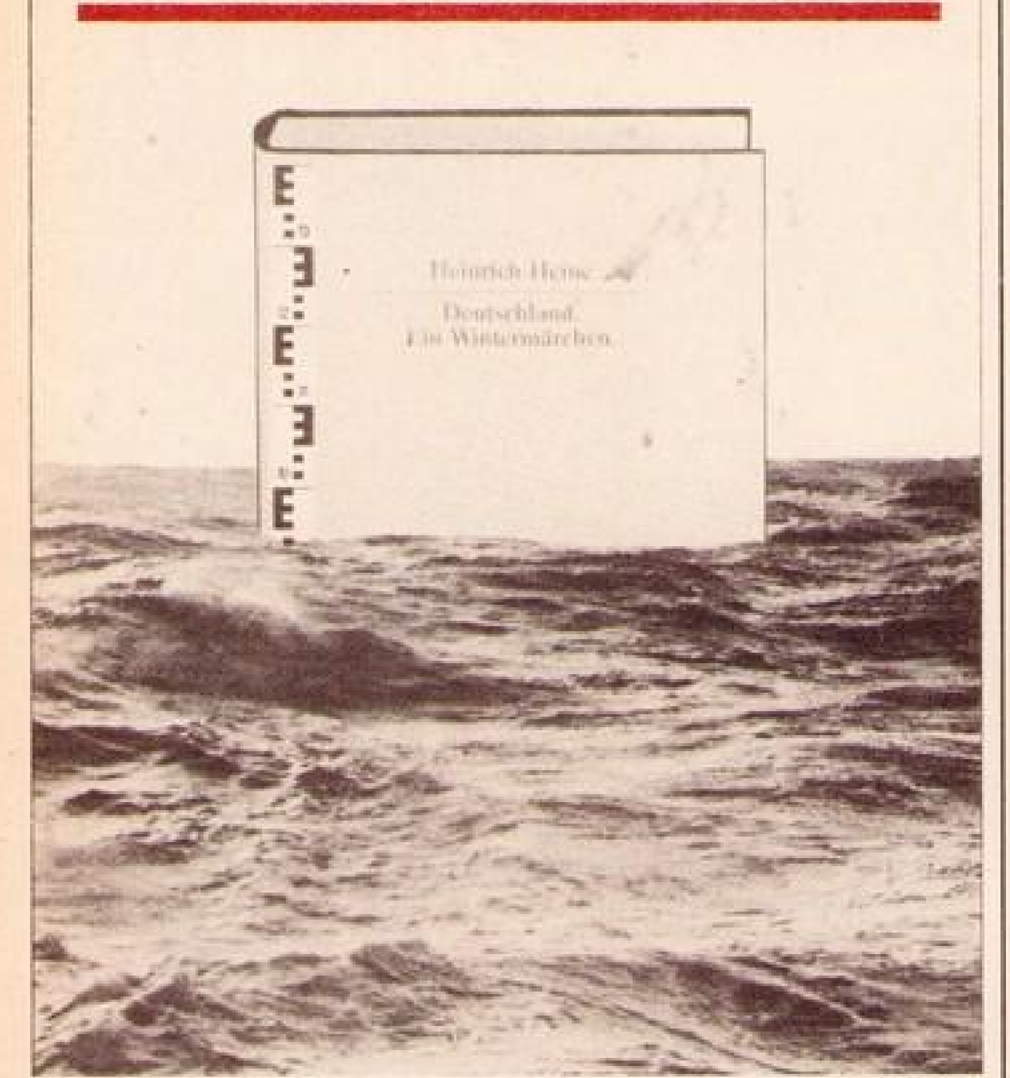
„Frieden durch Befreiungskampf“ war eine der Losungen auf der Frankfurter Demonstration, an der sich auch eine Anzahl Genossen der KPD und der KJD beteiligten. Und wer sich die Lage in Mittelamerika anschaut, wird schnell begreifen, daß diese Losung durchaus zutrifft. Daß nur der Kampf gegen den USA-Imperialismus vor allem dort den Frieden sichern kann. Und daß die Unterstützung dieses Kampfes ein Teil des Friedenskampfes auch bei uns sein muß.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Die Freiheit stirbt zentimeterweise



Hoffmann und Campe Verlag zensiert

Buch über den „Stern"-Skandal gestoppt

Der bisher als liberal geltende Verlag Hoffmann und Campe aus Hamburg hat ein schon in zehntausend Druckauflage fertiggestelltes Buch über den Skandal bei der Zeitschrift „Stern" im Zusammenhang mit den angeblichen Hitler-Tagebüchern gestoppt und die Auslieferung verhindert. Der Verleger selbst, Thomas Ganske, hat die Zensuraktion eingeleitet.

Der Verlagsleiter von Hoffmann und Campe, Hans-Helmut Röhring, hatte das Buchprojekt initiiert. Der Autor Erich Kuby, der 15 Jahre, bis 1980, beim „Stern" journalistisch gearbeitet hatte, wurde beauftragt, das Buch zu machen. Kuby wollte nach eigenen Worten deutlichmachen, „daß die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse eine allgemeine Anfälligkeit für die faschistischen Vorstellungen und Praktiken förderten". Dies sei am Falle der „Stern"-Tagebücher zu beweisen.

Der Verlagsleiter und der Cheflektor von Hoffmann und Campe kümmerten sich um das Buch. Vom Cheflektor Wolfgang Schuler wurden die Manuskripte persönlich durchgesehen — zwei Juristen lieferten Gutachten ab — dann erst gaben Röhring und Schuler das Buch für Satz und Druck frei.

Als 10000 Exemplare fertig waren, 9000 Bestellungen vorlagen, stoppte der Verleger das Projekt, für das der Verlag noch geworben hatte, der Autor würde „eine Analyse der inneren Zustände des ‚Stern' beschreiben vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung der Bundesrepublik" liefern.

Das konnte der Autor jetzt nicht mehr. Der Verleger: „Die vom Verfasser vorgelegte Version kann ich für den Verlag nicht verantworten und eine Veröffentlichung nicht verteidigen. Es ist nicht die Überzeugung, die dem Buch zugrunde liegt, sondern das Mittel der Diffamierung und Herabwürdigung einzelner Personen und Personengruppen, mit dem diese Überzeugung illustriert wird, das einer Veröffentlichung im Hoffmann und Campe Verlag entgegensteht.

Da Erich Kuby auf diese Passagen nicht verzichten konnte, haben wir den Vertrag aufgekündigt."

Diese lobenswerte Haltung des Autors, der sich keinen Zensurvorschlägen beugte, hat jetzt den Konkret Literatur Verlag dazu bewogen, das Buch herauszubringen. Schon am 17. August soll es auf den Markt kommen. Schnell sein ist für den Verlag nicht nur eine Notwendigkeit um der Aktualität willen, die dieses Buch nicht zuletzt wegen des Skandals bei Hoffmann und Campe gewonnen hat. Schnell sein muß der Konkret Verlag auch, weil juristische Schritte drohen. Wer da im Hintergrund tobt, ist auch schon bekanntgeworden. Henri Nannen, der Chef vom „Stern". Und aus dem Konkret Verlag hörte man auch schon von Drohungen gegen das Projekt.

„Eine Zensur findet nicht statt" — wieder einmal ist dieser Satz aus dem Grundgesetz ad absurdum geführt worden. Daß dieser neueste Skandal ausgerechnet bei einem als liberal geltenden Verlag geschah, ist erschreckend und war für den Verlagsleiter und Programmchef bei Hoffmann und Campe Helmut Röhring zuviel. Er sah nach der Entscheidung des Verlegers „keine andere Alternative" als die Kündigung. Mehrere prominente Autoren des Verlages, unter ihnen Günter Grass, haben entschieden gegen den Auslieferungsstopp protestiert und wollen ihr Verhältnis zu diesem Verlag neu überdenken.

Nach zwanzig Jahren Bundesliga — eine Vorschau auf 1994

Andrade — Eine Fußballegende und die Bundesliga

Es war ein Tag wie jeder andere, und im Himmel war absolut nichts los. Der liebe Gott hatte sich — ein Bein baumelte nonchalant über der Armlehne — in seinen Thronsessel gelümmelt und blätterte gelangweilt in der Bibel. Zu seinen Füßen saß Jesus, der verzweifelt an einem Zauberwürfel herumdrehte und leise vor sich hinfluchte: „Heilandsack! Ich schaff's nicht. Ich schaff's einfach nicht. Zur Hölle mit diesem Rubik!" „Na, na", brummelte es altväterlich von oben, dann herrschte wieder Stille.

Plötzlich ertönten Flügelschläge und mit elegantem Schwung landete ein Engel. Er wirkte sehr schlank, sportlich und seine Haut war schwarz.

Etwas unwillig, aber doch mit einer gewissen Neugierde, schaute der liebe Gott auf. Mit einer ungeduldigen Handbewegung scheuchte er ein in der Nähe herumlungerndes Engelchen zu dem Ankömmling, um nach seinem Begehr zu fragen. Nach kurzer Zwiesprache kam das Engelchen angeflitzt, stellte sich in Positur und begann: „O Herr, ich verkündige dir ..."'

„Keine langen Vorreden!" unterbrach Gott grob. „Wer ist's und was will er?"

„O Herr, er heißt Andrade und möchte ..."

„Andrade, Andrade, wer war das doch gleich?" rätselte der liebe Gott, sich nachdenklich am Bart zupfend. „Halt, nichts sagen, gleich fällts mir ein. Genau, du bist jener Missionar Andrade, der im Jahre 1681 von den Amazonasindianern in einer Fallgrube gefangen und verspeist wurde. Dafür bist du allerdings noch ziemlich wohlerhalten."

„Nein, nein," lächelte der schwarze Mann, der mittlerweile nähergetreten war. „Ihre etwas morbide Phantasie in Ehren, aber der bin ich nicht. Ich bin José Leandro Andrade aus Uruguay ..."

Eilfertig unterbrach ihn das Engelchen und wisperte in Gottes Ohr: „Er war der Star der Fußballnationalelf von Uruguay die 1924 und 1928 Olympiasieger, 1930 Weltmeister wurde. Er war grandios, genial, göttlich, oh, Verzeihung, sein Spiel besaß Grazie, Geschmeidigkeit und den Rhythmus des Tanzes, er war ..."

„Genug," knurrte Gott und verdrehte die Augen. „Ein Fußballer, oh mei, also, was willst du?"

„Wissen sie, Herr Gott, ich habe solange nichts mehr mit Fußball zu tun gehabt, daß ich es kaum noch aushalte. Mit diesen schlappen Hunden hier oben ist ja nichts los. Die kennen nur Disco, Disco, allenfalls noch Zauberwürfel." Den giftigen Blick von Jesus ignorierend, fuhr er fort: „Kurz und gut, ich möchte ein einziges Mal zur Erde zurückkehren und ein Fußballspiel anschauen."

Erfreut, den lästigen Besucher so billig loszuwerden, stimmte der liebe Gott auf der Stelle zu und gab dem glücklichen Andrade sogar einen Tip mit auf den Weg.

„Einmal hat mich ein kleiner runzliger Engel, Herberger oder so — ich mußte ihn sogar mit ‚Chef' anreden — einen ganzen Tag lang mit Geschichten über eine sogenannte Bundesliga, die kürzlich, so vor 30 Jahren, gegründet worden sei, genervt. Angeblich die stärkste Liga der Welt. Also gehe hin und sieh selbst."

Dankbar verabschiedete sich Andrade, gab seine Flügel ab und stieg zur Erde.

Es war der 22. November 1994 und er kam gerade recht zum Spitzenspiel Hertha BSC gegen Eintracht Braunschweig. Der Weg zum Olympiastadion war leicht zu finden, denn ein Strom von Tausenden verbissen dreinblickenden Menschen wälzte sich ihn entlang. Gestalten in grünen Uniformen, die sich auf seine Anfrage als „Polizisten" bezeichneten, lauerten in der Nähe und fielen gelegentlich mit Knüppeln und Äxten über die Fußballfans her. Zahlreiche Menschen trugen blau-weiße Kleidung, andere blau-gelbe. Wurden sie einander ansichtig, stießen sie heisere Schreie aus und versuchten, sich gegenseitig zu erwürgen. Andrade kam nur langsam voran, da er ständig über auf der Strecke gebliebene Schlachtenbummler klettern mußte. Plötzlich war der Weg vor ihm versperrt. Ein Stein sauste knapp an seinem Kopf vorbei. Er war umringt von Jugendlichen, deren Augen vor Blutgier glänzten und die lange Messer in den Händen hielten. Er fing Wortfetzen auf wie: „Dich kriegen wir!" „Ausländer raus" „Ab in den Urwald!" Die Polizisten schauten interessiert und breit grinsend zu.

Seine legendäre Geschmeidigkeit kam Andrade jetzt zu Hilfe. Ein kurzer Antritt und schon hatte er sich an den Angreifern vorbeigewunden. Als er das Stadion erreichte, explodierte ein paar Schritte entfernt ein Polizeiwagen und er mußte beiseitespringen, um nicht von herabfallenden Beamten getroffen zu werden. An der Kasse stand ein bewaffneter Ordner, der Andrade alles Geld abnahm, das er bei sich trug und ihm dafür eine Eintrittskarte aushändigte.

Das Stadion war vollbesetzt, aber bald wurde ein Platz für Andrade frei, als ein alter Mann, der geäußert hatte: „Hertha ist doch Scheiße!" aufgehängt wurde, wo schon ein schwarzgekleideter Herr baumelte: „Der Schiedsrichter", erklärte Andrades Nachbar fachkundig. „Geschieht ihm recht."

Einer der Ersatzschiedsrichter pfiff das Spiel auf die Sekunde pünktlich an. Ein langer, blonder Spieler von Hertha bekam den Ball, stoppte ihn gefühlvoll und umkurvte elegant drei Gegenspieler. Andrade ging das Herz auf, er vergaß, was er bisher gesehen hatte und brach ungeachtet der eisigen Stille in Jubel aus. Der Spieler ließ zwei weitere Gegner ins Leere laufen und scheiterte erst bei dem Versuch, den Torwart zu umspielen. Das wilde Beifallsklatschen Andrades ging in tausendfachen Buhrufen unter: „In den Zirkus", „Kaspar", „Tritt lieber mal richtig zu". Der blonde Spieler winkte ab und verließ das Spielfeld.

Fortan wurde nur noch gerannt und getreten. Ab und zu wurde ein Spieler vom Platz getragen, am Spielfeldrand operiert und anschließend vom Trainer mit Stockhieben aufs Feld zurückgejagt. Bei Hertha Angriffen kochte das Stadion vor grimmiger Begeisterung, war Braunschweig am Ball, breitete sich Haß aus, so dick, daß der Rasen welkte, die Spatzen vom Himmel fielen und Andrade keine Luft mehr bekam.

Völlig benommen stand er noch vor der Halbzeit auf und verließ das Stadion. Draußen wartete ein Taxi mit einer schwarzen Katze am Steuer.

„Ich heiße Andrade". „Weiß ich", maunzte die Katze geheimnisvoll. „Du kannst Minchen zu mir sagen. Wo soll's hingehen?"

„In den Himmel!"

„Okay", sagte die Katze und schaltete das Taxameter ein.

Matti — aus taz vom 12. 8. 83 —



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.